

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonntagabend jeder Woche. **Monatspreis** pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren), bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur; Aug. Winnig, beide in Hamburg. **Redaktion und Expedition:** Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr. **Vereins-Anzeigen** für die dreigespaltene Beilagen- oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Zur Lage im Baugewerbe. — Die wirtschaftlichen Erfolge der freien Gewerkschaften im Jahre 1906. — Die Stellung Preussens im Reich. — Arbeiterwohnungswesen. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Quartalsabrechnung des Zentralverbandes. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Das Baujahr 1907. Unfälle, Arbeiterversäus, Submittionen usw. — Aus anderen Berufen. — Gewerbl. Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Zur Lage im Baugewerbe.

Eine lächerliche Komödie

führt die „Baugewerks-Zeitung“, das Inseratenunternehmen des Herrn Bernhard Felsch, in ihrer Nr. 103 auf. In einem Artikel, „Die systematische Vernichtung des deutschen Baugewerbes und der Deffinitivität“ betitelt, hat sie die Stirn, von einer „angeblich beabsichtigten allgemeinen Ausperrung“ zu reden. Ausgerechnet das Blatt des Herrn Felsch, des Mannes, der seit einem Jahrzehnt den Gedanken der Ausperrung der baugewerblichen Arbeiter auf breiter Grundlage vertreten und gefördert hat! Derselbe Mann, der auf der vertraulichen Generalversammlung des Arbeitgeberbundes gleich in der Eröffnungsrede den Gedanken der allgemeinen Ausperrung in die Debatte warf, magt es jetzt, das Gerübe darüber als „vollkommen unbegründet“ hinzustellen! Das ist wirklich ein starkes Stück. Und nicht weniger stark ist es, wenn dies Blatt weiter behauptet, der Arbeitgeberbund habe keinen bekannten Normaltarif aufgestellt, „nur der Tarifvertragsidee im Interesse des sozialen Friedens eine weitere kräftige Stütze zu geben“. Wenn Zeitungspapier jemals gewagte Behauptungen hat dulden müssen, dann ist es hier gewesen. Nicht im Interesse eines imaginären sozialen Friedens, nicht im Interesse der Vertragsidee, sondern zum Zwecke der Vergewaltigung der Arbeiter und der Vernichtung ihres Mitbestimmungsrechts bei der Vertragsschließung ist die Aktion des Arbeitgeberbundes von länger Hand vorbereitet worden.

Das ist so klar, daß es darüber gar keine zweifelnden Meinungen geben kann.

Und zumal, wenn von der „Baugewerks-Zeitung“ resp. Herrn Felsch dabei die Rede ist. Freilich, dieser Herr befürwortet heute auch Tarifverträge, nachdem er vor Jahren ein starrer Gegner davon war. Dieselbe Wandlung in der Stellung zur Tarifgemeinschaft, wie sie sich bei Felsch vollzog, hat die Mehrheit der Unternehmer durchgemacht. Zuerst entschiedene Gegner, weil die Tarifverträge die Anerkennung des Rechts der Arbeiter voraussetzten, wozu man sich aber nicht freiwillig, entschließen konnte. Dann laue Freunde, weil die Gewerkschaften so erlarrt waren, daß sie ihre Anerkennung erzwangen, und nur eifrige Befürworter, weil man in den Tarifverträgen einen Kampfmittel gegen die Arbeiter gefunden zu haben glaubt. Das ist des Pudels Kern! Klarer man bei einer solchen Sachlage davon reden, daß es den Unternehmern um die Förderung des „sozialen Friedens“ zu tun ist? Ueberhaupt dies „ekelhaft heuchlerische Gefasel vom sozialen Frieden“! Nur naiven Kindsköpfen kann man erzählen wollen, daß durch zeitlich begrenzte Abmachungen über Lohn und Arbeitsweise die sozialen Gegensätze aufzuheben sind. Täuschende Schlagworte sind's, weiter nichts. Was sich gütlichstfalls durch die Tarifverträge für den sozialen Frieden tun läßt, ist die Herbeiführung eines Waffenstillstandes, indem der jeweilige Grad der Aus-

beutung für einen bestimmten Zeitabschnitt eine rechtliche Sanktion erhält, die von beiden Teilen zu respektieren ist. Nach Ablauf dieses Zeitabschnittes ist der rechtliche Zustand überwunden, die sozialen Gegensätze äußern sich wieder aktiv und mit dem sozialen Frieden stehen wir genau auf demselben Fleck wie vor dem Tarifabschluß. Er kann ebenso leicht wieder zu Bruch gehen wie vordem. Kommt dann wieder ein Tarifabschluß zu stande, gut, dann hat der Kampf zwischen beiden Klassen wieder einmal eine andere Form angenommen, aber die Tatsache des Kampfes bleibt; sie wird bleiben, so lange das Kapital Besitzlose für sich arbeiten läßt.

Nun bitten wir die „Baugewerks-Zeitung“ wegen dieser Epistel niemals um Entschuldigung, ihretwegen war sie eigentlich nicht geschrieben. Für sie mag genügen, daß wir uns für den von ihr angestrebten „sozialen Frieden“ bedanken. Wir kennen ihn, darauf kann sie sich verlassen.

Da man nun nicht gut annehmen kann, daß die „Baugewerks-Zeitung“ mit ihrem Artikel die Auffassung der Arbeiter und ihrer Organisationen korrigieren will, so fragt man sich, für wen denn diese fast im Bodeschwüchstone gehaltene Vitane bestimmt ist. Wir glauben, nach dem Schluß des Artikels schließen zu dürfen, daß er sich an die große bürgerliche Presse wendet, die er auf die Seite der Unternehmer zu ziehen beabsichtigt. Soweit es sich um die Blätter der rechtsstehenden Parteien handelt, ist nicht daran zu zweifeln, daß das Werben der „Baugewerks-Zeitung“ Erfolg haben wird. Bei den Organen der bürgerlichen Linken ist die Sache hier und da etwas schwieriger. Denn wer, wie einige große linksliberale Blätter, der Demokratie das Wort redet und den Ausgleich der widersprechenden Interessen anstrebt, der kann nicht ohne einige Beklemmungen die Diktatur und die Verschlechterungsabsichten der Unternehmer gut heißen. Das heißt, man kann das nicht nach unserer schlichten und vielleicht etwas „prinzipiell-verbohrteten“ Auffassung, die ja aber für manche in Weltgeschichte machende liberale Organe nicht maßgebend ist. Ob da die Beeinflussungsbestrebungen der Unternehmer wirken werden? Wir wollen nicht prophetisieren, aber überraschen kann uns nichts. Jedoch sei von uns nochmals nachdrücklich auf die Tatsache hingewiesen, daß es sich bei der Kündigung der Verträge unter gleichzeitiger Vorlegung eines Normaltarifs, der längst anerkannte Rechte der Arbeiter vernichten soll, um einen Versuch handelt, an Stelle der heute bei Vertragsabschlüssen beobachteten Demokratie, die Diktatur der Unternehmer zu setzen. Daß weiter die von den Unternehmern aufgestellten Lohnsätze schwerwiegende Verschlechterungen des heutigen Zustandes enthalten.

Dafür haben wir heute sogar ein Zeugnis von einem Führer der Unternehmerorganisation. Ein solcher erhebt in der „Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe“ (Gesestände)

einen schüchternen Einspruch

gegen das diktatorische Vorgehen des Arbeitgeberbundes. Das geschieht in einer Korrespondenz, die auscheinend von der Leitung des Arbeitgeberbundes in Thüringen herrührt. Dort wird berichtet, daß die Verwaltungen unserer Zweigvereine in Eisenach und Gotha auf die Frage nach ihrer Stellung zu dem vorgelegten Normaltarif geantwortet haben, sie wollten in einer so wichtigen Sache dem Hauptvorstande des Verbandes nicht vorgehen. Dazu sagt der Thüringer Unternehmer:

„Das muß man den Arbeitern beider Städte lassen. Diese Antwort ist korrekt und zeugt von guter Disziplin in den Gewerkschaften. Und eine andere

Antwort hatte man auch in den leitenden Kreisen der Thüringer Arbeitgeberchaft gar nicht erwartet — diese mußte ja so und nicht anders kommen. Man kann eigentlich das Vorgehen des Bundesvorstandes in dieser Richtung nicht so vollkommen billigen. Denn man hat doch allgemein den Arbeiterverbanden das Recht eingeräumt, mitzubestimmen über die Verträge, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Ortsbezirken normieren sollen, und jetzt, wo es gilt, gewisse Grundsätze für derartige Verträge für eine große Anzahl von deutschen Ortsbezirken einheitlich festzulegen, wird man den Arbeiterorganisationen nicht mit einem Male dies ihr Mitbestimmungsrecht nehmen wollen und können, und es ist auch wohl nicht anzunehmen, daß man im Bundesvorstand die Mitwirksamkeit der anderen Vertragspartei hat ausschalten wollen. Aber dann war es doch wohl das einzige Richtige, wenn der Vorstand des Bau-Arbeitgeberbundes sich von vornherein mit den Zentralvorständen der Arbeitnehmerorganisationen ins Einvernehmen setzte und durch Verhandlungen mit diesen alles, was Anlaß zu Differenzen bieten konnte, aus dem Vertragsmuster beseitigte. Wäre so vorgegangen worden, dann wäre eine klassische Einheitlichkeit aller Tarifverträge im deutschen Baugewerbe erzielt worden, wie wir sie bei dem bisherigen Vorgehen des Bundes, und insbesondere nunmehr nach dem Verrat des Geheimprotokolls, nur durch schwere Kämpfe oder langwierige Verhandlungen werden erreichen können. Und wenn wir so schon bei den grundlegenden Bestimmungen — man möchte fast sagen, bei der bloßen Form — der Tarifverträge für 1908/10 auf Schwierigkeiten stoßen, wie wird es da bei den weit wichtigeren Punkten der Lohnhöhe und der Dauer der Arbeitszeit, werden? Ohne Zweifel wird und muß ja durch einheitliches Vorgehen aller Mitglieder des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sich die Durchführung des Einheitsvertrages erringen lassen; aber Kämpfe wird's geben, die auf beiden Seiten mehr oder weniger tiefe Wunden schlagen.“

Diese Äußerung des Unternehmers bestätigt, was auch wir gesagt haben. Also selbst im eigenen Lager findet das Vorgehen des Arbeitgeberbundes Widerspruch, und gleichwohl will man uns und der Deffinitivität von den „wohlmeinenden“ Absichten der Herren Felsch und Genossen erzählen! Hier wird von einem Unternehmer bestätigt, daß die Taktik des Arbeitgeberbundes zum Kampfe führen muß, weil sie auf die Vergewaltigung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter hinausläuft. Der Verfasser der zitierten Korrespondenz erhofft vielleicht von seiner Rundgebung, daß die Leitung der Unternehmer ihr Vorgehen ändern werde. Er wird sich täuschen! Denn nicht um eine Verständigung ist es den Herren zu tun, dazu ist ihnen der Kamn nach den „Grosstaten“ im Jahre 1907 zu sehr geschwollen, sondern um die Demütigung, um die Knebelung der Arbeiterorganisation.

Mit den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs ist auch das „soziale Pflichtgefühl“ der Unternehmer verbusht, die Reaktion, der starre Herrenstandpunkt ist wieder bei ihnen eingelebt; das läßt sich selbst durch das „biedermännliche Präsengebimmel der „Baugewerks-Zeitung“ und ihrer Nachtreter nicht mehr verbergen. Also: Die Unternehmer wollen den Kampf, weil sie ihre absolute, durch keine Einsprache der Arbeiterorganisationen bestrittene Willkürherrschaft aufrechten wollen.

Die wirtschaftlichen Erfolge der freien Gewerkschaften im Jahre 1906.

Welcher Volksfreund, der einen klaren Blick für die treibenden Kräfte unseres wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens hat, wollte heute noch die gewaltige Bedeutung leugnen, die die Gewerkschaften für den Fortschritt unserer Volkskultur haben! Was heißt überhaupt Volkskultur? Was meinen wir, wenn wir, wie das oft geschieht, von einem blühenden Gemeinwesen reden? Unzweifelhaft verbinden wir mit diesem Begriff die Vorstellung, daß die Gesamtheit der Bevölkerung in erträglichen Verhältnissen lebt, daß sie alle Notwendigkeiten des Lebens besitzt, daß sie nicht unter schlechten Erwerbsverhältnissen leidet, daß sie selbst einen bestimmenden Einfluß auf ihre Lage und auf das Gemeinwesen ausüben kann, daß sie unter vernünftigen Gesetzen lebt usw. Es bedarf gar keiner langen Auseinandersetzung darüber, daß wir von einem derartigen Zustand noch himmelweit entfernt sind. Noch leidet nahezu die Gesamtheit der arbeitenden Bevölkerung Mangel, bitteren Mangel an den notwendigsten materiellen Lebensgütern. Noch lastet auf ebenso breiten Volksschichten der bann-geistiger Unfreiheit und noch fehlt der Masse des Volkes so gut wie jeder Einfluß auf die Leitung und Verwaltung des Staates. Alles das, was die Kulturmerkmale ausmacht: Wohlstand, Bildung, Recht und Freiheit ist heute noch ein Vorrecht weniger bevorzugter Klassen. Dort freilich ist es im Uebermaß vorhanden. Die große Masse des Volkes aber ist völlig ausgeschlossen von all diesem, was den Inhalt eines menschenwürdigen Lebens ausmacht. Der Unterschied zwischen den Angehörigen der besitzenden und der besitzlosen Klasse ist in jeder Hinsicht so groß, daß man oft, und mit einer gewissen inneren Berechtigung, von zwei Nationen, von zwei Rassen im Staate gesprochen hat.

Die stärkste Eigentümlichkeit unserer Zeit ist, daß sie von einer mächtigen Aufwärtbewegung der armen, rechtlosen Masse durchzogen wird, wie sie die Geschichte in solchem Umfange und in solcher Kraft noch nicht gekannt hat. Überall, wo sich die kapitalistische Wirtschaftsweise herausbildet, wächst auch diese Arbeiterbewegung hervor, und ihre Aufgabe besteht überall dort, wo sie die ersten Anfänge des unsicheren Aufstiegs überwinden hat, in der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, in der geistigen Erhebung der Volksmasse und in der Eroberung politischer Rechte und Freiheiten für diese. In diesem großen weltgeschichtlichen Ringen, das nicht in der Kulturgeschichte als das größte und wichtigste Ereignis der neueren Zeit gewertet werden wird, nimmt die Gewerkschaftsbewegung eine hervorragende Stellung ein. Die Grundlage und der Anfangspunkt aller menschlichen Besserung muß die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen sein, und das gerade ist das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaftsbewegung.

Die nie abbrechenden vielen Lohnbewegungen und Streiks erlangen in dieser Betrachtung eine weit über ihren eigentlichen Wirkungsbereich hinausreichende Bedeutung. Aus den vielen Tausenden dieser kleinen und großen Kämpfe legt sich die Gesamtbewegung zusammen. Ueber ihren Umfang und ihre Erfolge unterrichtet uns alle Jahre die Statistik der Generalkommission, die noch immer die weitaus beste Arbeit auf diesem Gebiete ist. Wir wollen die wichtigsten Zahlen daraus wiedergeben. In diesem Jahre sind alle Lohnbewegungen, Streiks und Ausperserungen so gezählt, wie sie die Organisationen angegeben haben. Es sind also Streiks, an denen mehrere Organisationen beteiligt waren, sovielmal gezählt, als beteiligte Organisationen in Frage kommen.

Im ganzen wurden 8543 Lohnbewegungen ermittelt, die an 14044 Orten stattfanden und 62780 Betriebe in Mitleidenschaft zogen. Die Gesamtzahl der an allen Lohnbewegungen beteiligten Arbeiter betrug 1260571. Die Lohnbewegungen verklärten sich zu Streiks und Ausperserungen in 3373 Fällen, an denen 216042 Arbeiter oder nur 25 pzt. der Gesamtzahl beteiligt waren. Die Erfolge aller Lohnbewegungen waren recht befriedigend: 339469 Arbeiter erreichten eine Verkürzung der Arbeitszeit, die pro Woche insgesamt 1248119 Stunden beträgt. Auf jeden Beteiligten kommt eine durchschnittliche Verkürzung der Arbeitszeit von 3 7/8 Stunden pro Woche. Auch 1905 wurde diese Durchschnittsverkürzung erreicht, nur mit dem wesentlichen Unterschiede, daß damals die Zahl der Arbeiter, die an dem Vorteile partizipierten, ungewöhnlich viel niedriger war als 1906. Im letzten Jahre erstreckten sich der Arbeitszeitverkürzung infolge von Lohnbewegungen 339469 Arbeiter, im Jahre 1905 dagegen nur 186363. Im Jahre 1906 ist die Zahl der Beteiligten um nicht weniger als 82 pzt. gestiegen.

Nennlich liegen die Verhältnisse bei der Gestaltung der Löhne. Die durchschnittliche Lohnerhöhung, die pro Arbeiter im Jahre 1906 pro Woche durchgesetzt wurde, war 1906 etwas geringer als 1905; damals betrug sie M. 2,07, 1906 stellte sie sich auf M. 1,87. Aber wieder ist die Zahl der Arbeiter, die an den Lohnerhöhungen teilnehmend sehr stark gegenüber 1905 gestiegen. Es wurde nämlich 1905 für 427187, 1906 aber für 691703 Arbeiter eine Lohnerhöhung durchgesetzt; die Steigerung der Beteiligten beträgt 62 pzt. Was den Gesamteffekt dieser Lohnerhöhungen ausmacht, ersieht man aus den Lohnbeträgen, die infolge der Lohnerhöhungen mehr an die Arbeiterchaft gezahlt werden müssen. Nimmt man an, daß die erreichte Lohnsteigerung auch nur 40 Wochen anhält, so erwächst den in Frage kommenden Arbeitern eine Mehreinnahme von rund M. 51 740 000, während im Vorjahre diese Mehreinnahme nur rund M. 35 500 000 ausgemacht hatte. Auf den Kopf der Beteiligten kommt durchschnittlich eine Lohnerhöhung von M. 75 jährlich.

Die Lohnsteigerungen wirken aber weit über den Kreis der direkt Beteiligten hinaus. Man kann als wahrscheinlich annehmen, daß etwa in dem Verhältnis, in dem innerhalb der freien Gewerkschaften die Zahl der an Lohnerhöhungen partizipierenden Arbeiter, so die Zahl der gewerblichen Arbeiter überhaupt gewachsen ist, für die im Jahre 1906 die Löhne entsprechend in die Höhe gegangen sind. Alle diese Steigerungen des Einkommens resultieren ausschließlich aus einer Verbesserung der Lohnlage, nicht aus der Steigerung der Arbeitszeit, wie sie im Jahre 1906 zweifellos auch stattgefunden hat. Da im Jahre 1905 der Jahresarbeitsverdienst eines Volkarbeiters nach den Nachweisungen der gewerblichen Berufsvereinigungen M. 977,20 betragen hat, so würde eine Mehreinnahme von M. 75 jährlich eine Steigerung des Verdienstes um 7,66 pzt. bedeuten.

Wie sich die errungenen Lohnerhöhungen auf die einzelnen Gewerbe verteilen, ist aus nachstehender Uebersicht zu ersehen. Die Lohnerhöhungen verteilen sich auf Arbeiter und betragen pro Woche:

Berufsgruppen	Arbeiter	Zusammen pro Woche in Mark	Pro Arbeiter
Pangewerbe	229321	497542	2,17
Metallindustrie, Maschinen- und Schiffbau	122945	222648	1,81
Graphische Gewerbe und Papierindustrie	41652	8944	0,71
Holzindustrie	64298	94863	1,75
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	49114	81828	1,67
Werkzeug-, Leder- und Textilgewerbe	105286	149141	1,42
Handels- und Transportgewerbe	39839	101241	2,53
Sonstige Berufe	79748	184925	1,70

Die andere Gruppe der Errungenschaften, die erzielte Arbeitszeitverkürzung, verteilt sich auf die einzelnen Gewerbe, wie folgende Tabelle angibt:

Berufsgruppen	Arbeitszeitverkürzung		
	Personen	Zusammen Stunden pro Woche	Durchschnittlich Stunden pro Woche
Pangewerbe	78358	272002	3 1/2
Metallindustrie, Maschinen- und Schiffbau	81666	317252	3 1/2
Graphische Gewerbe und Papierindustrie	9112	10250	1
Holzindustrie	39957	109601	2 1/2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	17498	68096	4
Werkzeug-, Leder- und Textilindustrie	81156	291681	3 1/2
Handels- und Transportgewerbe	8354	60297	7 1/2
Sonstige Berufe	23668	118970	5

Außer den Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen ist durch die Lohnbewegungen auch noch in sehr vielen Fällen der Abschluß korporativer Arbeitsverträge erreicht worden. Die Statistik führt 2360 solcher Fälle auf, durch die die Arbeitsbedingungen für 317487 Arbeiter eine mehr oder minder lange dauernde Regelung erfahren haben. Neben den bisher aufgeführten Erfolgen der Lohnbewegungen im Jahre 1906 ist aber auch noch auf einen weiteren Gesichtspunkt hinzuweisen, der nicht zu unterschätzen ist und eng mit der Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge zusammenhängt. Darüber lagen die Erläuterungen zu der hier besprochenen Statistik selbst: „Was an Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung und sonstigen Verbesserungen durch das Wirken der Gewerkschaften im Jahre 1906, also infolge der im Jahre 1906 abgeschlossenen korporativen Arbeitsverträge erreicht wurde, ist in den Zahlen der Statistik enthalten. Was jedoch an Verkürzung von Arbeitszeit, an Lohnerhöhung und sonstigen Vorteilen für die Arbeiter infolge früher abgeschlossener Tarif-

verträge im Jahre 1906 eingetreten ist, darüber liegen nur wenige Angaben vor, die aber mit aller Deutlichkeit beweisen, daß die Wirksamkeit der Gewerkschaften in dem statisch nachgewiesenen keineswegs erschöpft ist.“ So präsentiert sich das Bild der wirtschaftlichen Erfolge der Arbeiterchaft im Jahre 1906 recht günstig, und man kann es verstehen, wenn der erläuternde Bericht zu der Statistik sich dahin zusammenfaßt: „Wenn diese Erfolge zum Teil auch mit großen Opfern erkauft werden mußten, so dürfen wir doch mit dem Gesamterfolg sehr wohl zufrieden sein.“

Gewiß, wir dürfen mit einer gewissen frohen Gemüthung auf unsere Erfolge zurückblicken, denn so groß sie auch sind, sie sind das Erzeugnis unserer eigenen Kraft. Und wenn heute in einigen bürgerlichen Kreisen so etwas wie Verständnis für die gewerkschaftliche Tätigkeit ausbämmert, so haben wir auch diesen Wandel in den Meinungen auf unser eigenes Konto zu setzen. Von der herrschenden Klasse und von der Regierung ist diese bessere Einsicht — von der man überhaupt nur unter allen möglichen Vorbehalten sprechen kann — nicht ausgegangen. Diese haben oft alle ihre Kunst und Kraft angewendet, um unsere Bewegung zu stören, zu schwächen und sogar völlig zu vernichten. Hat sich die Lage der deutschen Arbeiterchaft innerhalb des letzten Jahrzehnts gebessert, so sind diese Leute sicher unschuldig daran. Dagegen haben beide, Regierung und herrschende Klassen, eifrig dafür gewirkt, die Lebenshaltung der armen Volkskreise herabzudrücken. Ihre Wirtschaftspolitik verteuert künstlich die Lebensmittel der breiten Masse; ihre Steuerpolitik legt den größten Teil der öffentlichen Lasten auf die Schultern der armen Leute. Machen sie sich damit um das, was wir Volkskultur nennen, verbietet? Siederlich nicht! Ihre Tätigkeit ist volksfeindlich, antikulturell.

Unsommer müssen wir uns bemühen, in unserem Sinne tätig zu sein. Damit wird sich immer mehr und immer deutlicher herausstellen, welche tiefe Wahrheit in dem Kaffalajeden Worte liegt, wonach die Arbeiter der Fels sind, auf dem die Kirche der Zukunft erbaut werden wird. Die „Kirche der Zukunft“, das ist die Gesellschaft freier Menschen, die sich in treuer Arbeit für das Gemeinwesen und im frohen Genuß der Früchte ihrer gemeinsamen Tätigkeit zusammensuchen. Der felsige Baugrund zu dieser Kirche hat sich bereits emporgehoben und wir bauen schon!

Die Stellung Preußens im Reich.

Das Jahr 1866 hat einen tiefen Einschnitt gemacht in die innerpolitische Entwicklung Preußens und Deutschlands. Das darin hat das Bürgertum in seiner großen Mehrheit wie in den übrigen Einzelstaaten auch in Preußen sich gegen die bürokratische Regierung in ausgeprägter Opposition befunden. Auch auf die Unterstützung des Proletariats hätte es für eine wirklich ernsthafte Betätigung dieser Opposition rechnen können. Es kam aber niemals über schwächliche Halbheiten hinaus, auch nicht, als es in der sogenannten Konfliktzeit gegen den Militarismus ankämpfte. Als dann nach dem Siege Preußens über Oesterreich die preussische Regierung die Einigung der Einzelstaaten unter Ausschluß Oesterreichs in die Wege leitete, gab die große Mehrheit des Bürgerturns die Oppositionsstellung völlig auf, da seine dringendsten wirtschaftlichen Klassenforderungen durch die Neuordnung der Dinge nahezu vollkommen befriedigt wurden.

Durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes — das später begründete Deutsche Reich war nur eine durch die Natur der Dinge gegebene Erweiterung des Bundes samt seiner Verfassung — wurden Handel und Wandel von den lästigen Schranken Reichstaatslicher und zünftiger Schranken befreit. Volle Freizügigkeit über das gesamte Reichsgebiet sicherte den Unternehmern die leichtere Anwendung proletarischer Arbeitskraft. Vor dem war die Einheitlichkeit des Zollgebietes im Zollverein nur durch staatliche Verträge ohne die Beweglichkeit einer einheitlichen gesetzlichen Regelung des Zollwesens begründet. Annahme wurden alle Zollangelegenheiten der Kompetenz des Reichstages unterstellt. Ebenso wurde die auswärtige Vertretung Reichslande. Nicht mehr als Preufe, Sachse, Bayer oder Hamburger, sondern als deutscher Reichsangehöriger durch Vermittlung eines Konsuls des Deutschen Reiches hatte der deutsche Kaufmann oder Industrielle fortan gegen Rechtsverletzungen im Auslande sein Recht zu suchen. Die Ideologie von „des Reiches Macht und Herrlichkeit“, die den bedrückten schmalen Kleinrentner zu Barbarossa-Gefängen auf den Schützen, Turn- und Sängereisen befestigte, lösten Verwirrungen gefunden zu haben. Die amtierende Bureauratie in Zivil und Uniform nahm für sich den Ruhm in Anspruch, daß ihr mit Blut und Eisen die Einigung Deutschlands gegliedelt sei, an der die 150 Professoren des 48er Parlaments in Frankfurt vergeblich herumgeredet hätten. Darin steckte zwar eine kleine Gesichtsfälschung, denn die nämliche Bureau-

fratie hatte mit Blut und Eisen die Einigung Deutschlands gehindert, als sie noch ein größeres Maß politischer Freiheit dem Volke hätte bringen müssen. Aber die Bourgeoisie ließ sich nur zu gern betören. Schwächlich zurückweichend, gab sie selbst die freiheitlichen Forderungen preis, die sie bei der Verfassungsberatung leicht hätte durchsetzen können.

Der Umsturz der Parteiverhältnisse in der damaligen Situation läßt sich dahin präzisieren, daß dem Bürgertum seine wirtschaftlichen Forderungen in weitem Maße befriedigt wurden durch die Gründung des Deutschen Reiches, und daß als Gegenleistung dafür die Bureaucratie die ungeminderte Aufrechterhaltung des bürokratischen Regierungssystems mit Bevormundung des Junkertums gewährleistet erhielt in den Einzelstaaten wie in den neugegründeten Institutionen des Reiches. Die militärischen Einrichtungen galten fortan als unantastbar, für parlamentarische Kritik und die Verfügung darüber als Vorrecht der Krone.

Für die große Masse des Volkes sprang, abgesehen von seiner Anteilnahme an den allgemeinen Vorteilen, die aus der Reichsgründung und der wirtschaftlichen Entwicklung erwuchs, an politischen Errungenschaften nur das allgemeine Wahlrecht heraus, das sich als Erbschaft des Jahres 1848 nicht umgehen ließ, das jedoch vorsichtigerweise von der nunmehr koalitierten Bureaucratie und Bourgeoisie auf den Reichstag beschränkt wurde.

Die Bewältigung der Reichsaufgaben nahm in der nächsten Zeit Sinn und Interesse der gesamten Bevölkerung beratend gefangen, daß alle preussischen und kleinstaatlichen Sonderangelegenheiten abseits liegen blieben. Der Klassenpartei des Proletariats, der Sozialdemokratie, war jetzt erst, im Anfang ihrer Entwicklung, Gelegenheit gegeben, sich bei den Wahlen Geltung zu verschaffen und durch parlamentarische Tätigkeit für ihre Ziele zu wirken. Naturgemäß mußte sie ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Reichsangelegenheiten konzentrieren.

So behielt die amtierende Bureaucratie in Preußen, ungehört durch demokratische Kritik, zunächst freie Hand in den öffentlichen Angelegenheiten, die den Einzelstaaten vorbehalten blieben, vor allem in der gesamten eigentlichen Landesverwaltung. Das Patzige in diesen, das Schulwesen, kirchliche Angelegenheiten, soweit sie nicht ohne Einmischung des Staates den Kultusgemeinden überlassen sind, aber auch die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Strafprozeß wie in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten blieben den Landesgerichtshöfen überlassen. Nur das Reichsgericht wie einige Spezialgerichte sprechen Recht im Namen des Kaisers und sind dem Reichsjustizamt unterstellt. Alle anderen Gerichte sind in Preußen reorganisieren vom preussischen Justizminister. Dem Namen nach sind die Richter zwar frei und unabhängig, in ihren Entscheidungen an keinerlei Instruktionen gebunden. Jedoch die Art ihrer Vorbildung wie die sorgfältige Siebung der Anwärter für die Richterstellen durch die maßgebenden Behörden leistet Bürgschaft dafür, daß der preussische Richter erfüllt ist von dem Bewußtsein, ein Mitglied des herrschenden Beamtenkörpers zur Beurteilung der Untertanenschaft zu sein, nicht etwa ein Vertreter der Volksinteressen, der das Recht des Volkes über des einzelnen gegen die Bureaucratie wahrzunehmen hätte.

Welche Rolle von Macht gibt das alles der Bureaucratie in die Hände? Aber darüber hinaus wirkt sie noch bestimmend ein auf die gesamte Gemeinbewirtschaftung, die ihrer Aufsicht untersteht, ist und in der sie nur solche Bürgermeister und Stadträte amtiert läßt, die Proben der Gutsgegnenheit nach bürokratischem Maßstabe abgelegt haben.

Nicht minder bedeutend sind aber auch die wirtschaftlichen Funktionen der Landesverwaltung. Das ungeheure Gebiet der staatlichen Forsten, der landwirtschaftlichen Betriebe in den Staatsdomänen; dann die Bergwerke und die Eisenbahnen, die seit deren Verstaatlichung in Preußen fast samt und sonders staatlich verwaltet werden — das alles liegt in den Händen der Bureaucratie. Das Arbeiterheer, über das sie gebietet, bezieht sich allein auf 700 000 Personen. Dann liegt aber auch noch die Gewerbeaufsicht, trotzdem sie auf Reichsgesetz beruht, doch in den Händen staatlich angestellter Beamten.

Vergleicht man diese preussischen Angelegenheiten mit denen des Reiches, so stehen sie an Wichtigkeit keineswegs dahinter zurück.

Aber weit über den Rahmen der inneren preussischen Angelegenheiten hinaus üben die in der preussischen Landesverwaltung und ihren parlamentarischen Werken, dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus, verschanzten Machtfaktoren einen maßgebenden Einfluß aus auf das politische Leben des Reiches.

Die Reichsverfassung hat neben den Reichstag, der aus allgemeinen Wahlen herbeigeht, einen „Bundesrat“ gestellt, der halb parlamentarische, halb bürokratische Funktionen ausübt, aber ganz bürokratisch zusammengesetzt ist. In wirklich parlamentarischen Staaten, wie England, ist das Ministerium nur ein Verwaltungsausschuß des Parlaments, so daß es, ein gegen das

Ministerium gerichteter wichtiger Beschluß des Unterhauses das Ministerium, zur Amtsniederlegung zwingt und die Führer der Opposition aus Ruher bringt, wie ja niemand überhaupt Minister werden kann, der nicht Mitglied eines der beiden Häuser des Parlaments ist. In bürokratisch regierten Staaten mit parlamentarischem Aufschwung, wie es die sämtlichen deutschen Staatsgebilde sind, werden die Minister durch höfische Einflüsse aus der amtierenden Bureaucratie ernannt. Sie sind der oberste Verwaltungsausschuß der Bureaucratie. Parlamentarische Beschlüsse stützen in Preußen kein Ministerium. Die kleine aber mächtige Junkerpartei weiß ihr Ziel auf Hintertreppchen zu erreichen.

Diese einzelstaatlichen bürokratischen Oberbehörden bilden nun wieder, durch ihre Vertreter im Bundesrat eine bürokratische Oberbehörde für das Reich. Von den 58 Mitgliedern des Bundesrats entfallen 17 auf Preußen. Darin liegt allein schon ein großer Einfluß, denn unter diesen 17 preussischen Bundesratsmitgliedern befinden sich alle preussischen Minister. Dazu kommt aber noch daß das Amt des Reichskanzlers, des allein verantwortlichen obersten Reichsbeamten, traditionell verbunden ist mit dem Amt des preussischen Ministerpräsidenten. Wie ja auch der König von Preußen gleichzeitig Deutscher Kaiser und oberster Bundesfürst ist.

Der Bundesrat nun beratschlagt und stimmt ab nach parlamentarischer Methode. Da aber seine Beratungen geheim sind, und so nur seine Beschlüsse an die Öffentlichkeit kommen, wirkt er auf unsere Angelegenheiten nur ein, als ein bürokratischer Organismus. Alles trägt dazu bei, in diesem Organismus den preussischen Machtfaktor ausschlaggebend zu machen. Gegen Preußen könnte in dieser Körperschaft nur entschieden werden, wenn irgendwelche gemeinsame Sonderinteressen partikularistischer Natur die überwiegende Mehrzahl der anderen Staaten zusammenballen würden. Antipartikularistische Bestrebungen treten aber in Preußens Politik im Bundesrat schon deshalb nicht hervor, weil die preussische Bureaucratie noch weit mehr darauf bedacht ist, kein Mittelglied ihrer Befugnisse an das Reich abzugeben, kurz, weil der preussische Partikularismus, wie Bismarck sich einmal ausgedrückt hat, der schlimmste ist.

So kann man denn die Machtverhältnisse im Reich so charakterisieren: Die preussische Bureaucratie, die als Sachwalterin der Interessen des Junkertums in erster Reihe, der Bourgeoisie in zweiter Reihe, die preussischen Landesangelegenheiten selbstherrlich verwaltet, übt korporativ auch den maßgebenden Einfluß aus im Reich. Daraus ergibt sich, welche eminente Bedeutung auch für die Reichsangelegenheiten es hat, wie in Preußen regiert wird. Eine Demokratisierung Preußens würde unübersehlich zurückwirken aufs Reich, während gegen Reichsstaatsinflüsse die preussische Bureaucratie völlig gefeit ist, solange sie sich in ihrem völkfeindlichen Gebaren stützen kann auf die herrschenden Junkerschaft und die Geldadelsvertretung im Abgeordnetenhaus.

Mehr und mehr aber in den letzten Jahrzehnten hat obendrein die preussische Bureaucratie sich bemüht, Preußen auszugliedern zu einer Hoopburg der Reaktion. Wo es einen Fortschritt zu betreiben galt, auch in Reichsangelegenheiten, überall war Preußen im Wege.

Also auch um die freiheitliche und demokratische Entwicklung im Reich rascher vorwärts zu treiben, muß die Bahn frei gemacht werden für die Beeinflussung der preussischen Angelegenheiten durch das kassenbewußte Proletariat.

Arbeiterwohnungsweisen.

Der Rheinische Verein zur Förderung des Arbeiterwohnungswezens hat vor mehreren Wochen in Essen seine Generalversammlung abgehalten. In dem Bericht der „Rheinischen Zeitung“ heißt es: „Die verschiedenen Ministerien und Reichsbehörden hatten ihre Vertreter entsandt, ebenso die Provinzial-, Staats- und Stadtkassen, Eisenbahndirektionen, Handwerkskammern, Bauvereine usw. Auch waren vom Auslande hervorragende Einzelpersonen erschienen, u. a. von England, Holland und Belgien. Wissenschaftliche und praktische Fragen kommen auf den Gemeindefeststellungen des Rheinischen Vereins gleichmäßig zu ihrem Rechte; er bietet Praktiker und Theoretiker stets etwas Neues, besonders den Bauverwaltungen und Arbeitgebern. Der Verein ist vor zehn Jahren gegründet, um das Kleinwohnungswezen in der Rheinprovinz durch Erteilung von Rat, Auskunft und Anregung zu fördern, an der wissenschaftlichen Vertiefung der Wohnungsfrage mitzuarbeiten sowie auch die breite Öffentlichkeit durch Vorträge und besonderen eingehenden Einfluß zu gewinnen.“

Von einigen Ausführungen, die da gemacht worden sind, glauben wir Notiz nehmen zu müssen. Wir können sie auf ihre Wichtigkeit nicht ohne Weiteres prüfen. Aber diejenigen unserer Leser, die das Wirken des Vereins in erster Linie angeht, sollen eine Prüfung vornehmen und uns das Resultat mitteilen. Der Generalsekretär Dr. Grünberg sagte in seiner Berichterstattung u. a.: „Was die allgemeine Organisation“ des Arbeiterwohnungswezens in der Rheinprovinz anlangt, so hat der Verein im letzten Jahre einen Neuzuwachs von 10 Bauvereinen = 8 pzt. (im Vorjahre 5 pzt.) zu verzeichnen; im ganzen bestehen jetzt in der Rheinprovinz 142 gemeinnützige, lebensfähige, Bauvereine. Das Geschäftskapital derselben

beträgt rund 10 Millionen Mark und hat sich um 878 000 Mark, oder 9,5 pzt. vermehrt, davon eingeschätzt = 8 1/2 Millionen Mark; die Sattkammern betragen rund 5 Millionen Mark, die Meserbeden 1,1 Millionen Mark; sie haben sich bis zu 45 pzt. vermehrt. Die Zahl der erstellten Häuser beträgt im ganzen jetzt 6192 mit 12 407 Wohnungen, darunter 1740 Mietshäuser und 8432 Verkaufshäuser; es hat eine Vermehrung derselben um 604 oder 13,2 pzt. stattgefunden; die Wohnungen sind um 14,5 pzt. vermehrt worden. Besonders beachtenswert ist, daß das Vordringen des Kleinhauses, selbst in die großen Städte, auch für die verfloßene Zeit wieder festgestellt werden konnte. Die Zahl der Mitglieder der Bauvereine hat sich um 1400 oder 14,5 pzt. vermehrt; sie beträgt jetzt 14 800. Trotz der erheblichen Wohnungsvermehrung, die auch von privater Seite um etwa 2400 (ohne Krupp) stattgefunden hat, sei der Wohnungsmarkt noch ein beschränkter gewesen; die Nachfrage ist stärker als das Angebot. Erheblich beeinflusst wurde die Wohnungsvermehrung auch der gemeinnützigen Bauvereine durch die ungünstige Lage des Geldmarktes.“

Professor Dr. Fuchs-Freiburg führte aus: „So Großes auch der Rheinische Verein geleistet habe, so sei eben doch eine natürliche Grenze gegeben. Sollte die Wohnungsprobleme durch durchschlagendem Erfolge begleitet sein, so sei erforderlich, daß der Staat selber eine solche in großzügiger und großem Maße einleite. Der Rheinische Verein kann ihm dabei als Vorbild dienen; was er auf provinziellem Gebiete geleistet hat, das müsse der Staat, oder das Reich für das ganze Gebiet leisten. Ein Wohnungsgesetz sei dringend notwendig. Die erste weitere Aufgabe des Vereins sei, dieses Gesetz anzustreben, zu dessen Vorarbeiten er schon so viel beigetragen habe. Eine zweite Hauptaufgabe des Vereins für die Zukunft müsse dahin gehen, das Kleinwohnungswezen zu heben; dazu müsse der Staat Hilfe leisten. Es gehe auch dazu, die Wohnungsgewöhnung der Bevölkerung an das eigene Haus nicht bloß der Arbeiter, sondern gerade der Bürger und Bessergestellten. Der Verein müsse das ganze Wohnungswezen umfassen und nicht bloß das der Arbeiter. Der Verein sei schon durch seine Tätigkeit in dieses weitere Problem eingetreten.“

Finanzrat Haug, Mitglied des Direktoriums der Firma Krupp, hielt Vortrag über die Wohnungsfrage für die Arbeiter der Kruppischen Werke. Er sagte: „Als Ziel der Kruppischen Wohnungsfrage gilt das Bestreben, die Wohnungsverhältnisse eines möglichst großen Teils der Bergarbeiterschaft tatsächlich zu verbessern.“

Die Zahl der Werkwohnungen ist durch Neubau erheblich gesteigert worden; sie betrug in Essen und Umgebung im Jahre 1892 = 4200, Ende 1907 = 5300, und es soll mit dem Bau von Wohnungen weiter fortgefahren werden. Bei den Außenwerken verfügt die Firma zur Zeit über 2100 Familienwohnungen, daneben — namentlich in Essen und Dönnelshausen — über große Schlafhäuser für unterbezahlte Arbeiter. Ferner ist die Qualität der Wohnungen verbessert worden, namentlich in Beziehung auf die Grundposition und die Nebengasse. Die Zahl der nur aus zwei Stuben bestehenden Wohnungen ist nicht bloß relativ im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wohnungen, sondern auch absolut zurückgegangen. Vor Jahren hatte die Firma 1900 zweiraumige Wohnungen = 48 pzt. der Gesamtzahl, heute nur noch 1600 = 30 pzt. Auch die Wohnmöglichkeit in den zweiraumigen Wohnungen ist in den letzten zehn Jahren von fünf Köpfen pro Wohnung auf vier zurückgegangen, und zwar ist dies nicht etwa durch Kündigung, sondern durch Ueberweisung neuer mehrräumiger Wohnungen an größere Familien bewerkstelligt worden.

Ein Versuch, durch Bewährung von Baubaträgen den Gewerke-eigener Häuser zu ermöglichen, hat sich nur in den fändlichen Bezirken bewährt. In der Großstadt Essen ergaben sich für ungenügende Erfahrungen, daß die Einrichtung für diesen Bezirk ausgefallen wurde; dagegen besteht sie heute noch mit Erfolg für die Außenverwaltungen mit ländlichen Verhältnissen. Bei der Vermietung der Werkwohnungen werden außer dem Dienstalter auch sonstige Verhältnisse berücksichtigt, namentlich die Größe der Familie und Alterszahl. Diese ist von großer Bedeutung für die kinderreichen Arbeiterfamilien, die in der Großstadt oft schwer Wohnung finden. Die Mietpreise sind erheblich billiger als in der Stadt; es werden etwa 60 bis 80 jährlich pro Raum berechnet, a. B. für eine aus drei Stuben bestehende Wohnung 140 bis 190. Die Wohnungen auf dem für pensionierte Arbeiter bestimmten Altkhof werden meist frei abgegeben.“

Die Arbeiterwohnungsfrage der Firma Krupp ist schon oft scharfer Kritik unterzogen worden. Es könnte deshalb nicht schaden, wenn diejenigen unserer Leser, die dieses Wohnungswezen aus eigener Anschauung und Erfahrung kennen, sich die Mühe machen möchten, festzustellen, ob das Kruppische Wohnungswezen wirklich ein so ideales ist, wie Finanzrat Haug es dargestellt hat.

Politische Umschau.

Anschläge gegen den Reichstag. In Blodtresten besteht, wie eine konservative Korrespondenz mittelt, der Plan, die Tätigkeit des Reichstages einzuschränken, und zwar angeblich behufs Bekämpfung der parlamentarischen Arbeiten. Es heißt in dieser Darstellung u. a.: „Im neuen Jahre wird der Reichstag (soll heißen die Reichsversammlung) höchstwahrscheinlich Schritte unternehmen, um die parlamentarischen Arbeiten nutzbringender zu gestalten, und auch zeitlich mehr zu fördern. Bekanntlich ist dem Präsidium des Reichstages schon wiederholt der Vorschlag gemacht worden, wichtige Beratungen zu konzentrieren, das heißt, für diese Materien eine bestimmte Anzahl von Tagen festzusetzen, und in dieser Zeit für jede Fraktion durch einen Redner den Standpunkt der Fraktion darlegen zu lassen. Was an Zeit noch übrig bleibt, kann der zweiten Rednergarnitur, den Werkführern oder den besonders Interessierten, zum Neben überlassen bleiben. Es ist in den letzten Sessionen im Reichstage immer mehr Gebrauch geworden, alles mindestens dreimal zu repetieren und (?) recht viele Reden zum Fenster hinaus zu halten. Dies wird sich nicht immer peribindern lassen, mag auch manchmal notwendig sein. Es dürfte aber doch jetzt an der Zeit sein, etwas zu unternehmen, um die Debatten

weniger langweilig und für die Geschäfte mehr fördernd zu gestalten...

Abänderungen an Entwürfen werden nur in den Kommissionen vorgenommen...

Die Disparteien haben sich in den letzten Wochen Mühe gegeben...

Als dieser rohe Eingriff in die Rechte und in das Ansehen des Parlaments geschah...

Was aus den Reihen der Blockpolitiker jetzt vorgeschlagen wird...

Die Disparteien haben sich in den letzten Wochen Mühe gegeben...

Was aus den Reihen der Blockpolitiker jetzt vorgeschlagen wird...

Warten wir nun ab, wie die liberalen Fraktionsmänner sich zu diesen neuesten reaktionären parlamentarischen Blockungen stellen.

Eine „Konzeption an den Liberalismus“ soll das Reichsoberverwaltungsamt sein...

Über soll der Hesse in seinen wichtigsten Grundrechten als Staatsbürger nach jedwähligem Gesetz ohne jede innere Ursache geschwächt werden...

Die Disparteien haben sich in den letzten Wochen Mühe gegeben...

Die Disparteien haben sich in den letzten Wochen Mühe gegeben...

Die Disparteien haben sich in den letzten Wochen Mühe gegeben...

Offen und Sächsischland im allgemeinen ab, wo aus dem „Wod“-Einfall...

Die Disparteien haben sich in den letzten Wochen Mühe gegeben...

Arbeitslosigkeit und Kommunalverwaltung. Dieser Tage berichteten Berliner Mäher...

Man konnte hoffen, daß sich aus den ersten Versuchen eine Uebung und Gewohnheit herausbilden würde...

Aber es kam anders. Sobald die Arbeitslosigkeit nach den Jahren der Krise wieder auf das normale Maß zurückgegangen war...

Darüber kann kein Zweifel bestehen: disponiert man unter gewissenhafter Berücksichtigung der Stellung des öffentlichen Arbeiters...

In den Jahren des Aufschwunges sind die wenigen Vereine von Kommunalverwaltungen...

Man konnte hoffen, daß sich aus den ersten Versuchen eine Uebung und Gewohnheit herausbilden würde...

Mauverbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperron, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird...

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten.

Deutschland: Maurer:

- Hansastädte: Spandau (Sperrung über Neben), Ochsenwärd (Sperrung über A. Blecken); Schleswig-Holstein: Kellinghusen, Wrist, Wulsmoor (Streiks), Apenrade (Sperrung über Callesen), Wedel (Sperrung über Hatje), Husum (Sperrung über Petersen), Itzehoe (Sperrung über die Alsenische Zementfabrik in Lägerdorf); Mecklenburg: Güstrow (Sperrung über Thielke); Brandenburg: Mittenwalde (Sperrung über Rehfeld, Kreisrathenhaus), Jüterbog (Sperrung über die Bauten von G. Wäsch-Jüterbog, Niendorf ans Maltershausen und Wwe. Rüger ans Treuenbrietzen in „alten Lager“); Pommern: Pyritz (Sperrung über Friedrich Berg), Köslin (Sperrung über Schättnor), Neustettin (Sperrung über Duske); Ost- und Westpreussen: Könitz (Sperrung über Brozowski in Czerok); Posen - Schlesiens: Maskau (Sperrung über Stälpalzel), Waldenburg (Sperrung über Täsler in Neu-Salzbrunn), Weisswasser (Sperrung über die Opolesezwirke);

Königr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, P. Walther, Kante- und Brandvorwerkstrasse, Berndt & Ebnert, Berlinerstrasse, in L. Göhls H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Leutzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Söhrstrasse, Potschappel (Sperrung über das Baugeschäft von Heger), Döhlan (Sperrung über die Bauten der Gusstahlfabrik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Halle a. d. S. (Sperrung über den Fabrikneubau von Priegler & Söhne);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Celle, Norderney (Aussperrung), Braunschweig (Sperrung über Gröpler, die Arbeit ist in Wolfenbüttel);

Hessen und Waldeck:

Glessen (Sperrung über Bernhard in Kleinlinden), Schmalkalden (Sperrung über Peter);

Bayern:

Selb (Sperrung über Jäger & Werner), Dissen (Streik);

Fliessenleger:

Duisburg (Sperrung über die Zwischenmeister Krüskén und Gebr. Bönning), Barmen-Rittershaus (Sperrung über Ramenshöle), Eberfeld (Sperrung über Bross & Hammelsbeck);

Oesterreich:

Karlsbad i. Böhmen (Aussperrung);

Sau Götting.

Die Opalesenwerke in Weiszwasser waren schon einmal gesperrt, doch lenkte der Inhaber die Arbeit abgenommen...

Sau Hannover.

Der Maurermeister Gröpler in Braunschweig hatte in Wolfenbüttel Arbeiten auszuführen...

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Table with 4 columns: Wahl-Abteilung, Name, Ortsname, Stimmen. Shows results for Carl Oswald and Bernhard Weg.

Auflösung des Ganges Cassel. Der Gau Cassel wird hiermit unter Zustimmung des Gauvorstandes aus Zweckmäßigkeitsgründen aufgehoben...

Gültigkeit der Mitgliedsbücher ausländischer Organisationen.

Die Mitglieder der genannten drei Verbände erhalten daher beim Uebertritt zu unserem Verbande kein neues Mitgliedsbuch...

Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht,

die Mitgliedsbücher der auf Grund §§ 26 und 36 des Statuts vom Beitrag befreiten Kollegen zur Abstempelung einzuliefern.

Achtung! Ausgahler der Reusenunterführung.

Dem Kollegen August Zielosko, geboren am 1. Mai 1877 zu Postkan i. Schl., ist das Verbandsbuch (Verb.-Nr. 181532) nebst Mitgliedslegitimationskarte gestohlen worden...

Ferner ersuchen wir, dem Kollegen Franz Simonell, geboren am 20. Januar 1859 zu Wangarden (187 139) die Mitgliedslegitimationskarte abzugeben und uns zuzufenden.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name desjenigen Person, an welche die Unterfällung ausbezahlt ist.

Unterfällungen wurden in der Zeit vom 28. bis 29. Dezember für folgende Mitglieder erteilt:

Aug. Schütte-Zimmerrode, Verb.-Nr. 104 300; Frig. Reinhold-Nejchitz (Franz), 89 309; Karl Zimmermann-Lorgan, 87 828; Heur. Baum-Barkgrub, 218 519; Max Frier-Meinen (Franz), 218 028; Friedr. Lühron-Grossen a. d. O. (Franz), 62 317; Wilh. Lehmann-Honowes (Franz), 91 750; Joh. Lach-Bausin (Franz), 212 058; Wilh. Schmidt-Darburg, 281 845; Ernst Bohndorf-Sammner, 78 120; Joh. Gerken-Pfein, 7849; Karl Richter-Seuferting (Franz), 298 650; Robert Scholz-Weine (Franz), 15 881; Ehr. Huber-Strauß, 46 957; Georg Rudolph-Monheim, 199 293; Georg Kämmer-Mannheim, 285 416; Gouv. Göttinger-Wera (Franz), 71 439; Ed. Vogel-Langenscheidt (Franz), 291 832; Fern. Fricke-Bremen (Franz), 14 678; Heinr. Spröbe-Ebbeln (Franz), 210 216; Aug. Köhne-Berlin (B.) (Franz), 995; Ehr. Frz-Brandenborn (Franz), 133 644; Gust. Schütz-Drabmünde (Franz), 104 595.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg I, Waisenbühnenhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postschliff anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 23. bis 28. Dezember 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Großenhain M. 636,37, Nordenham 264,48, Schmälitz 150, Achim 125, Sieditz 406,58, Frieda 378,38, Neuhardenberg 88,16, Jabrae 67, Drielen 94,48, Grimnitzpark 745, Cawitz 430,27, L. d. Markt 27,94, Witzke 155,57, Randa 20,4, Wridt 1. d. Markt 27,94, Straße 21,36, Spandau 871,54, Borschem 300, Reinold 174,99, Drey 161,76, Biffelshövede 143,94, Nonneburg 120, Großhaderdorf 35,87.
- b) Für Kalender. Schan 56, Erbedorn 5, Rausa 2,50, Drey 2,50, Biffelshövede 12,50, Großhaderdorf 5.
- c) Für Futterale. Nordenham M. 2,50, Erbedorn 5, Rausa 1.
- d) Für Protokolle vom neunten Verbandstag in Cöln. M.-Glabbach M. -45, Brück i. d. Mark 1,70 Biffelshövede -20.

Vom **Verbandsvorstande** beauftragt sind die neu-gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingesehen haben und denen nicht bereits eine andere Mitteilung zugegangen ist.

Ausgeschlossenen sind auf Grund § 7b. des Statuts vom Zweigverein Frankfurt a. M.: Friedrich Kescheläger (Verb.-Nr. 192 362), Georg Reim (400 551), Georg Jünger (401 766), Adolf Jäger (100 840), Verhard Brandt (272 470); Spandau: Verhard Jese (101 812); Ditzsch: Ernst Mag Kluge (143 432), Moritz Oswald Bichode (174 643), Franz Richard Walpert (143 883), Robert Georg Faulwasser (193 017), Ernst Otto Wendel (291 470), Ernst Friedrich Sannmann (86 839), Alfred Otto Möbius (213 066), Hermann Wagner (185 621), Ernst Julius Wang (191 401); sämtlich bisher Mitglied in Weifen, Oswald Gummig (198 693), Hermann Mag Seyffert (438 471), beide bisher Mitglied in Dresden, Johann Maris (362 005), Thomas Kouba (253 476), Franz Lang (264 915), Vincent Jack (146 541).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rück-schuldigender Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Dabelsdorf: Hermann Jöbn, geb. am 18. April 1888 zu Kiel (Verb.-Nr. 2-2 1866); Sellens-fürden: Franz Simonell, geb. am 20. Januar 1859 zu Wangarden (187 139).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mit-teilung zu machen. **Der Vorstand.**

Abrechnung des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands für das dritte Quartal 1907.

Einnahme in den Zweigvereinen.

Vom 2. Quartal 1907 am Orte verbliebene Hauptkassengelder	M. 3440,92
Einnahmegerber	7891,50
Wohntliche Beiträge	1180158,05
Ertragsbeiträge	442781,60
Zufuß aus der Hauptkasse:	
a) Rechtschulz, Gemafregelten, Meise, Kranken- und Sterbunterfällung	1261,30
b) Streiks und Waisperrn	131957,61
Sonstige Einnahmen für die Hauptkasse	968,15
Summa	M. 1747959,13

Ausgabe in den Zweigvereinen.

An die Hauptkasse eingehend (Eintrittsgelder, Beiträge und Ertragsbeiträge)	M. 1180439,44
Für Streiks und Waisperrn	209114,74
Rechtschulz	1608,-
Gemafregeltenunterfällung	13125,53
Unterfällung in Krankheitsfällen a. Mitglieder	3891,14
Unterfällung in Sterbefällen an Mitglieder und deren Frauen	19040,-
Anteil der Zweigvereine an den Beiträgen und Eintrittsgeldern	88978,94
Hauptkassengelder am Orte behalten	278135,80
Verluste in den Zweigvereinen	2747,31
Summa	M. 1747959,13

Einnahme in der Hauptkasse.

Kassenbestand am 30. Juni 1907	M. 7386,95
Von Einzelmitgliedern bei der Hauptkasse	257,10
An die Hauptkasse eingehend (Beiträge usw.)	1180439,44
Von hingedehnder Ertragsunterfällung zurückgefaßt	1981,35
Sonstige Einnahme	15,20
Zurückgezogene Kapitalien	2870,-
Summa	M. 1168780,04

Ausgabe in der Hauptkasse.

Für das Fachorgan „Der Grundstein“	M. 59239,35
die Zeitung „L'Operaio Italiano“	1894,15
„Stavelnik“	942,-
„Oswiata“	401,20
Agitation: a) an die Gaudorstände	27103,16
b) für sonstige Agitation	2188,65
c) nach der Schweiz	1500,-
Zufuß aus Zweigvereinen:	
a) Rechtschulz, Gemafregelten, Kranken- und Sterbunterfällung	1261,30
b) für Streiks und Waisperrn	131957,61
c) an die Tabakarbeiter in Bremen	5 00,-
d) nach Babel	8500,-
Keilen zwecks Streikkontrolle und Fernhalten des Zuzugs nach Streikorten	2541,35
Internationaler Arbeiter-Kongress in Stuttgart	3632,99
Delegation zur Konferenz in Kassel	1019,30
verschiedene Konferenzen	322,-
Beitrag an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (2. Quartal 1907)	9246,84
Beitrag an die Bauarbeiterkommission	15 911,-
Entnahme der Statistik im Mainland usw.	1338 03,-
40000 Kalender 1908, Druck, Einband usw.	14911,76
9000 Mitgliedsbücher-Futterale	675,-
eine Schreibmaschine	378,30

sonstige Verwaltung:

a) 20720 Mitgliedsbücher	1112,-
b) 1000 Streikfahnenbücher (Einband)	202,-
c) Zahlkarten	10,-
d) 5000 Sammelkarten	46,-
e) 9200 Postkarten	92,50
f) Statistikkarten	74,-
g) 9000 Ertragsbeitragsabrechnungen	75,-
h) 5000 Rechnungsbücher für Sterbegeld usw.	29,50
i) 2000 Abrechnungen und Regulative für die Gaur	62,-
k) Material zur internationalen Konferenz	57,-
l) sonstige Druckarbeiten	98 50
m) sonstige Buchdruckerarbeiten	44,40
n) 15000 00 Marken	675,-
o) Schreibmaterial	308,25
p) Stempel und Zylinder	205,40
q) Vorkaufmaterial und Verrechnung usw.	517,45
r) Zeitungsbekanntmachung und Bringerlohn	31,17
s) sonstige Ausgaben	451,45
t) Porto:	
Briefe	M. 77,50
4290 Kreuzbandsendungen	373,84
Briefporto und Geldsendungen	762 82
Beleggeld	171,37
Summa	M. 1886,13

Veränderte Protokolle 98,80

persönliche Verwaltung:

a) Rechenhefte und Ausbülle	7650,-
b) Verrechnung des Vorstandes usw.	186,24
c) Revisionen	42,30
d) Sitzungsgeld	10,-
e) Verwaltung des Ausschusses	100,-
Per Bauf belegt	876012,22
Summa	M. 1160253,93

Bilanz.

Einnahme	M. 1168780,04
Ausgabe	1180253,93
Kassenbestand	M. 8526,11

Hamburg, den 29. Dezember 1907.
J. Köster, Kassierer.
Vorliegender Rechnungsabfchluß ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist nach nachweislich resp. vorgelegt worden.
Die Revisoren:
Wilh. Albrecht-Hamburg, Wilh. Roth-Hamburg, S. Marks-Altona.

Bekanntmachungen der Gaurvorstände.

Gau Leipzig.
Im Einverständnis mit dem Vorstandsvorstande berufen wir die **Gaufonferenz** am Sonntag, den 18. Februar, nach Leipzig ein. Sie findet im Volkshaus, Zeilstraße 32, Gartenfeld, statt und beginnt Vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: 1. Situations- und Kassenbericht des Gaudorstandes. 2. Agitation und Lohnbewegung. 3. Allgemeine Anträge. 4. Remuahl des Gaudorstandes und der Revisoren.
Der Gaudorstand.
J. A. G. Jacob, Vorsitzender.

Gau Stettin.
Im Einverständnis mit dem Vorstandsvorstand wird der **erste Gaufag** auf Sonnabend, den 1. Februar 1908, Abends 8 Uhr, und den folgenden Sonntag nach Stettin, Lokal „Zum Greif“, Gaffelstraße, abgehalten.
Die vorläufige Tagesordnung wird wie folgt festgelegt:
1. Geschäftliches und Kassenbericht. 2. Agitation. 3. Lohnbewegung. 4. Allgemeine Anträge und Wahl.
Jeder Verein wird vertreten sein. Mitgliedsbuch und Mandat gilt als Legitimation des Delegierten. Anträge der Vereine sind sofort einzulegen.
Der Gaudorstand. Wilh. Schauer, Vorsitzender.

Berichte.
Die Einigungsbedingungen angenommen! Die Konferenz der freien Vereinigung der Maurer Deutschlands, die am 27. und 28. Dezember unter Beteiligung aller Ortsvereine in Berlin tagte, hat die bereitwilligen, von uns bereits veröffentlichten Einigungsbedingungen in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 3 Stimmen angenommen! Dagegen stimmten die Vertreter von Franz, Buchholz, Lüßelsdorf und Spandau. Die angenommene Resolution und sonstigen Beschlüsse werden in nächster Nummer abgedruckt.

Aprenade. (Jahresbericht.) Im Jahre 1907 entwickelte sich in unserem Zweigvereinsgebiet eine noch lebhaftere Bautätigkeit als im Jahre 1906. In der Stadt wurden viele Privatbauten und eine Mittelschule für Mädchen aufgeführt. Zum Herbst wurde noch der Erweiterungsbaue der Post in Angriff genommen, der am 1. Oktober 1908 fertig sein soll. In der Umgegend von Aprenade entwickelte sich ebenfalls eine noch nie dagewesene Bautätigkeit, die zum Teil daher rührte, daß fünf größere Bauernhöfe niedergebrannt waren, die neugestiftet werden mußten. Auch hat ja bekanntlich der Postdienst der Landwirtschaft erhöht, und dieser Umstand trug wohl am meisten dazu bei, daß die wohlhabenden Bauern Reparaturen und Ertragsbauten vornehmen ließen. Den ganzen Sommer hindurch war auf dem Lande starke Nachfrage nach Maurern. Infolgedessen stiegen auch die Löhne auf dem Lande. Die Aprenader Unternehmer gaben bei einer Lohnbewegung in früheren Jahren immer an, sie könnten für die Stadt nicht die geforderten Löhne zahlen, weil sie auf dem Lande viel niedriger seien; sie könnten gegen die Konkurrenz der Landunternehmer nicht aufkommen. Im Berichtsjahre hat sich dieser Zustand geändert, es wurden überall auf dem Lande 65 bis 60 % pro Stunde bezahlt, während in der Stadt nur 50 % bezahlt wurden. Die angereisten Kollegen mußten deshalb auch gar nicht gern in der Stadt arbeiten, da sie ja auf dem Lande viel besser bezahlt wurden. Bei freier Station erhielten die Maurer 40 % pro Stunde, pro Woche M. 24, während in der Stadt von den M. 20 Lohn noch mindestens M. 12 für Kost und Logis abzurechnen sind. Kein Wunder, daß dieser erfreulichen Umkehrung auf dem Lande zu Gunsten der Kollegen einigen Stadtunternehmern sehr unangenehm war. Infolge der händigen Nachfrage nach Maurern stieg auch der Einfluß der Organisation. In der Stadt waren ja die Kollegen schon alle organisiert, Reisaufnahmen erstickten sich nur auf Ausgetretete; auf dem Lande dagegen wurden 15 Kollegen dem Verbande zugeführt. Von besonderer Wirkung auf dem Lande dürfte auch gewesen sein, daß die Kollegen, die dort ihre Werkstätte für unseren Verband entfalteten, zuzüge und nächste Kollegen waren, welche ihren nächstangefehrten Kollegen durch gutes und kameradschaftliches Betragen den Eintritt in den Verband leicht machten. Wenn nicht alles trügt, ist auch im nächsten Jahre auf dem Lande eine gute Konjunktur und eine weitere Stärkung unserer Organisation zu erhoffen. In der Stadt scheint die Baukonjunktur ebenfalls wieder gut zu werden; bis jetzt sind schon acht größere Neubauten bekannt, die entweder gleich nach Neujahr resp. im Frühjahr angefangen werden sollen, darunter das Gesehungshaus für Lungentranke, das die Landesversicherungsanstalt erbauen läßt, ferner ein Kirchturn, welcher aus M. 40000 beanschlagt ist. Die Stadt will wegen der hier herrschenden Wohnungsnot ein Vier-Familien-Wohnhaus errichten lassen. Was noch an sonstigen Bauten kommt, ist vorläufig ein Geheimnis der Unternehmer, die ja nicht gerne verlauten lassen wollen, wie gut die Konjunktur wird, weil sie dadurch zu verbüßen glauben, daß sich der „Abermut“ der Maurer durch Lohnforderung äußert.

Mit dem 30. April 1908 läuft auch hier der Tarifvertrag ab, worin der Stundenlohn auf 45 % festgesetzt ist. Die Deutung und die rege Bautätigkeit haben es mit sich gebracht, daß die Unternehmer gezwungen waren, ihren Vertrag zu durchbrechen und den Stundenlohn von 45 % auf 50 % zu erhöhen. Da diese „freiwillige“ Lohn-erhöhung aber in gar keinem Verhältnis zur Steigerung der Lebensmittelpreise und sonstiger Bedarfsartikel steht, so werden unsere Herren Meister wohl einsehen, daß sie eine weitere Lohnforderung bewilligen müssen. Von den sieben Unternehmern am Orte gehören drei dem Gaur-maekerverband an, damit soll aber nicht gesagt sein, daß sie sich nicht in der Abwehr einer Lohnforderung einig sind. Öffentlich zeigen aber auch die Aprenader Kollegen in Zukunft mehr Kraft und Disziplin als bei früheren Gelegenheiten. Der Unternehmer J. B. Collegen, der noch immer geberht ist, kommt nicht mehr viel in Betracht, durch die Sperrte ist er ziemlich lahmgelegt, er kann mit den anderen Unternehmern nicht konkurrieren. An einer größeren Submission kann er sich nicht beteiligen, bevor er nicht mit dem Verband Frieden geschlossen hat. Ausreißer hat er, mit Ausnahme der vier, die schon von Anfang an stehen-blieden, nicht mehr bekommen können. Der Ertragsbeitrag ist von allen bis auf einen Kollegen, der getrieben werden mußte, voll bezahlt. Die ordentlichen Beiträge sind ebenfalls durchwegs bezahlt; nur vier Mitglieder beanspruchen das Prädikat: „Gewohnheitsmäßig schlechte Zahler.“ Die Adressliste schließt mit einem Kassenbestand von annähernd M. 320 ab. An die Hauptkasse konnten über M. 950 an Beiträgen und M. 320 an Ertragsbeiträgen abgeführt werden.

Am Dienstag, den 7. Januar, Abends 7 Uhr, findet die Generalversammlung statt. Nichterscheinen kostet 50 %.

Breslau. Am 11. Dezember tagte im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung...

Danzig. Am 5. Dezember tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung...

Strasbourg. In der am 15. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete zuerst Kollege A. Schenck...

Norden. Die Versammlung des Zweigvereins am 22. Dezember beschäftigte sich mit der Kündigung unseres...

Gliesenleger.

Essen. Vor kurzem wurde an dieser Stelle die Postkarte des Gliesenlegers Ernst Kröber veröffentlicht...

Wie lang mag die Arbeitszeit wohl gewesen sein? Jedenfalls macht sich dieser Kollege durch diese Handlungswiese hier sehr beliebt...

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 22. bis 28. Dezember sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Leipzig...

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Das Baujahr 1907

nach Arbeiterdarstellungen.

Bei dem großen Einfluß des Beschäftigungsgrades auf die Erfolgsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung ist es erforderlich, wenn die Arbeiter resp. ihre Organisationen...

In den Jahresberichten der Bauverbände nahm die Arbeiterdarstellung über die Wirtschaftslage einen immer größeren Raum ein.

Wir beginnen mit dem Süden des Landes: Es ist Lotzringen, Baden und der Pfalz, über die der Gau Mannheim berichtet.

Mit Ausnahme der hier genannten Orte hielt sich die Bautätigkeit in den Städten auf derselben Höhe wie im vorigen Jahre. In Mannheim hat sich die Zahl der Baugenehmigungen nach der Zusammenstellung des Statistischen Amtes sehr vermindert...

ebenfalls 1,07 pzt. aller Wohnungen. Natürlicherweise sind unter diesen Umständen die Mieten ganz bedeutend gestiegen.

Der Gau Stuttgart berichtet über das industrielle Arbeiterleben. Hier haben sich die Hoffnungen auf eine gute Konjunktur, die man im Anfang des Jahres...

So wie die Bautätigkeit während des Sommers in Stuttgart war, war sie auch im übrigen Lande. In Esslingen, einem aufstrebenden Industrieort, hatte sie sich auf die Hälfte ihres früheren Umfangs vermindert...

In München lag die Bautätigkeit seit 1899 vollständig darnieder. Durch unerhörten Aufschwung war ein Ueberfluß hauptsächlich an größeren Wohnungen hervorgerufen...

In Augsburg herrscht schon seit mehreren Jahren eine gute Bautätigkeit, die auch in diesem Jahre noch anhält. Zweifellos wird aber in Augsburg eine Abflattung eintreten...

Für die schlechte Konjunktur, macht man neben den überall wirkenden mitleidigen Geldverhältnissen die Steigerung der Lebensmittelpreise verantwortlich...

Ein ganz anderes Gepräge hatte das Baugewerbe in Nordbayern. (Ober-, Mittel- und Unterfranken und Oberpfalz), wovon der Gau Nürnberg berichtet.

Die Zahl der leeren Wohnungen betrug 1907: 6,12 pzt., 1902: 6,76, 1903: 6,61, 1904: 4,24, 1905: 2,71, 1906: 4,07 und Ende November 1907...

getragen. Es sind im Durchschnitt der Bauzeit circa 450 Maurer mehr beschäftigt worden als im Jahre 1906 vor dem Streik. Jedoch konnte die günstige Lage des Arbeitsmarktes nicht verhindern, daß im Juni und im September eine größere Anzahl Bauarbeiter, besonders Maurer, arbeitslos war. Es ist das eine Erscheinung, die gar nicht selten ist. Sie kommt davon, daß die im Frühjahr und im Sommer begonnenen Bauten im Innenausbau stehen. Nun war aber auch der Zuzug von Arbeitskräften nach Nürnberg durch außerordentlich stark, was sich wieder dadurch erklärt, daß hier vom ganzen Bayernland der höchste Lohn bei der kürzesten Arbeitszeit gezahlt wird. Die Privatbautätigkeit war recht flott, aber auch auf Rechnung der Gemeinden und des Staats wurden viele Arbeiten ausgeführt. Das gleiche läßt sich von Würzburg sagen, was bisher noch niemals so viele Arbeitskräfte aus der Umgebung aufnehmen konnte, wie in diesem Jahre. Auch hier waren behördliche und Privatbauten an der günstigen Lage des Arbeitsmarktes beteiligt. In Hof waren neben Privatbauten besonders industrielle Anlagen auszuführen. Die allgemeine Lage wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß wenigstens 200 Maurer mehr als im vorigen Jahre beschäftigt wurden. In Regensburg erfuhr die gute Lage im Spätherbst eine Abmilderung. Neben Privatbauten kam hier besonders der neue Donaufaß in Betracht. Eine ähnliche Bewegung zeigte der Arbeitsmarkt in Bamberg, nur war der gegen Ende der Bauzeit eingetretene Rückschlag stärker als in Regensburg. Von den namhaftesten Orten macht Bayreuth eine Ausnahme. Die Lage war gerade nicht schlecht, aber doch ohne Spannung; sie entspannte sich während des ganzen Jahres dahin, ohne einmal schaffer zu werden. In Bamberg wurde die Bautätigkeit besonders durch die Neubauten des großen Eisenwerkes Rosenbergs belebt; das Werk hat in den letzten Jahren mehrere Millionen verbaut; doch war auch die private Bautätigkeit am Orte gut.

Die Mittelstädte zeigten noch ein günstigeres Bild. Das gilt besonders von Schweinfurt und Schwabach, wo der Bedarf an Arbeitskräften nicht immer befriedigt werden konnte. In Ansbach, wo eigentlich seit Jahren nicht viel los war, belebte sich die Lage im Juni und blieb dann gut bis zum Schluss. In Erlangen schufen die Neubauten an der Universität gute Arbeitsgelegenheit. In Regensburg, Selb, Schönwald, Schwarzenbach a. d. Saale, Roth a. S., Helmbrechts, Oberlosa, Wunsiedel, Marktredwitz, Leuschnaureuth und Weiden und in den dazwischen liegenden kleinen Industriestädten war die Lage überall gut und verschiedentlich sehr gut. Neue Fabriken, Elektrizitätswerke, Schulen, Fabrikwohnungen waren hier vornehmlich die Bauleistungen. Ungefähr das gleiche läßt sich von Hetschbrunn und Jochheim sagen. Auf bei Nürnberg, Dinkelsbühl, Weihenburg, Kitzingen, Eichstätt, Mauthausen a. L., Pappenheim und Treuchtlingen boten ebenfalls ein lebhaftes Bild, wenn die Lage auch nicht in jedem Ort gleichmäßig war. In Badreuth-Missingen wurde flott gebaut. So bot das ganze Land nur wenig Ausnahmen. Solche fand man in Lichtenfels, Kulmbach, Kronach, Gaffurt, Baiersdorf, Herzogenaurach, Neustadt a. M., Karlstadt und Feuchtungen und in einzelnen Teilen des platten Landes. Aber auch hier war die Bautätigkeit besser als im vorigen Jahre. Man hofft auch für das neue Jahr auf gute Arbeitsgelegenheit, aber wer will in diesen Zeitaltern prognostizieren?

Von Franken nach Thüringen, dessen zahlreiche Völker sich einträchtig im Ganzen Erturt zusammenschließen. Auch hier war die Arbeitsgelegenheit im ganzen gut. Ausnahmen bildeten Mühlhausen, wo auch schon im vorigen Jahre nicht viel gebaut wurde, und die Zahl der beschäftigten Maurer von 170 auf 140 sank, dann Alstedt, Mauer-Lenhain, Friedrichroda und, in den Sommermonaten, der Baderort Leutenberg. In Eisenach blühte die Bautätigkeit im Spätsommer und noch mehr im Herbst ab. Die Zahl der beschäftigten Maurer sank von 500 auf 300 und Ende November auf 250. Von diesen Orten abgesehen, ging die Arbeit überall in den fünf Jahresmonaten gut an und hielt sich auch während des Sommers und Herbstes auf annähernd gleicher Höhe. Scheiden wir Erturt als die einzige Großstadt aus, so meugt sich Stadt und Land überall durcheinander, und über alle Teile legte sich gleichmäßig eine gute Konjunktur. An die Verhältnisse in Erturt kann man, des Streiks wegen, nicht der normalen Maßstab anlegen, es genüge darum, festzustellen, daß sich die Bautätigkeit nach dem Streik recht lebhaft gestaltete. Ueber den allgemeinen Durchschnitt erheben sich Apolda, Arnstadt, Coburg, Kahla, Liebenstein, Nordhausen, Rudolstadt, Kuhlha, Sonneberg, Wackershausen und Weida. Durch eine kräftige Nachfrage im Herbst zeichneten sich Jena, Schmalkalden und Weimar aus. Die gute Lage des Arbeitsmarktes spiegelte sich meistens auch in der Mitgliederbewegung. Im ganzen Gau liegt sie vom zweiten Quartal 1906 bis zur selben Zeit 1907 um rund 1100, wobei noch hinzuzurechnen ist, daß gerade um diese Zeit mehrere hundert Mitglieder, infolge des Erturter Streiks abgetrennt waren, die nicht alle im Gangegebiet blieben. In acht größeren Orten (Apolda, Erturt, Gotha, Jena, Kahla, Mühlha, Schmalkalden, Weimar), aus denen die Zahlen vorliegen, haben sich die Baugemeinschaften von 1915 im Jahre 1906 auf 1047 im Verhältnis vermehrt. Spekulationsbauten werden vornehmlich nur in Erturt ausgeführt, in den anderen Orten handelt es sich größtenteils um Auftragsarbeiten. Dieser Umstand erklärt es wohl, warum die Geldknappheit wenig wirkte und sich erst jetzt bereinigt anniedert. Städtische resp. staatliche Bauaufträge wurden in 22 Orten ausgeführt, wobei es sich manchmal um bedeutende Gegenstände handelte. Wie erwähnt Coburg, wo ein Krematorium, Gaswerk, Schwimmbad und eine Schule mit insgesamt rund 1 1/2 Millionen Mark gebaut wurden. Dann Gotha, ein Passengebäude und ein Schwimmbad mit 800 000; Weimar, Theater, Feuerwerk und Schlachthaus mit 8 645 000; Jena, Umnüstert und Schule mit zusammen rund vier Millionen; Meiningen, Zinnenau, Salungen und andere mehr. Außer den behördlichen Bauten brachten auch die gestiegenen Bedürfnisse der Industrie viel Arbeit.

Die Kräfte im Gangegebiet reichten nicht immer aus, um den Arbeiterbedarf zu decken. So waren auch in diesem Jahr fremde Arbeiter in größerer Zahl ins Land gezogen worden. Besonders waren es Italiener, deren Zahl auf 800 bis 850 anzusehen ist. Teilweise erhalten sie höheren Lohn als die einheimischen Arbeiter, wo sie den nicht bekommen, arbeiten sie in Accord. Ein großer Teil von ihnen sitzt im Thüringer Walde.

Der westliche Teil des Königreichs Sachsen ist mit den angrenzenden preussischen, altenburgischen und rheinischen Ländern resp. Landesteilen zum Gau Leipzig zusammengeschlossen. Der allgemeine Charakter der Bautätigkeit wird als sehr günstig geschildert. Eine bemerkenswerte Ausnahme machte Leipzig, wo die Lage im Anfang des Jahres der des vorigen Jahres gleich, d. h. einem mäßigen Durchschnitt erreichte, sich aber im September stark verschlechterte, so daß einige hundert Maurer arbeitslos waren. Im Oktober war die Zahl der beschäftigten Maurer um 500 niedriger als im August, und wenn nicht die städtischen und Bahnhofsbauten gewesen wären, so wäre die Arbeitslosigkeit noch ärger geworden. Forschungen nach der Ursache, so hoffen wir wieder auf die Schwierigkeit und Kostspieligkeit der Gebäudeführung. Der Wohnungsbau, der fast völlig von Spekulationen betrieben wird, kam stark ins Stocken. Konsumte von Spekulationsbauten waren sehr häufig, wobei auch in 12 Fällen der Arbeitslohn nicht gezahlt wurde. Erst durch Sperren konnte er von den Nachfolgern erlangt werden. Nach dem Wohnungsbau müßte gerade in diesem Bauzeite ein reges Leben herrschen; denn die Zahl der leerstehenden Wohnungen hat sich fast verdoppelt. Sie betrug in Leipzig am 1. November 1906 3218, am 1. November 1907 nur noch 1311. In den Vororten ging die Zahl der leeren Wohnungen um 25 pSt. zurück. Die Verhältnisse waren in Leipzig 1,62, in den 26 Vorortsgemeinden 2,89. Als ein gelungenes Verhältnis gilt, wenn 4 pSt. aller Wohnungen leer stehen.

In Chemnitz war die Lage ebenso gut wie im vorigen Jahre; die Spekulationsbautätigkeit ist freilich unter den Umständen auf dem Geldmarkte auch zurückgegangen, der Ausfall wurde aber durch städtische und staatliche Bauaufträge gedeckt. In Halle a. d. S. war die Konjunktur leidlich, infolge des langen Streiks läßt sie sich aber nicht mit der des vorigen Jahres vergleichen. Plauen baute mehr als im vorigen Jahre und besonders gut war die Lage in den Wollensdörfern. Durch große Fabrik- und Schachanlagen fanden in Zwickau 400 Maurer mehr Arbeit als im Jahre 1906. In der Umgegend von Borna und Altenburg stieg die Zahl der beschäftigten Maurer um 450, was auf die Anlage neuer Brillenfabriken zurückzuführen ist. Derselbe Umstand bewirkte in dem Gebiet von Merseburg die Mehrbeschäftigung von über 300 Maurern. Die Industriestädte Falkenstein, Werdau und Grimnitzau hatten durch Neubau von Fabriken und Wohngebäuden sehr gute Beschäftigungsbereitschaften, so daß auch in diesen Orten 355 mehr Maurer in Arbeit standen, als im vorigen Jahre. Die übrigen Städte hatten ungefähr dieselbe Entwicklung, jedoch war die Bautätigkeit in den rein ländlichen Gebieten recht schwach. Im allgemeinen ging die volle Beschäftigung im April an und erreichte im Juni ihren Höhepunkt. Fremde Arbeitskräfte waren in großem Umfange im Gebiet von Borna, Altenburg und Merseburg eingestellt. Ihre Zahl ist mit 400 anzusehen, es handelt sich dabei um böhmische und italienische Maurer.

Kollegen! Unterlassen Sie, von Unfällen, Baustürzen, überhaup! allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Cassel. Ein Baueinsturz, bei dem glücklicherweise niemand verletzt wurde, ereignete sich am 20. Dezember, Abends 7 Uhr, in der Sandershäuserstraße. Der von dem Unternehmer Kaiser in Bettenhausen aufgeführte Neubau der Hundshofsabrik von Schwering erhielt statt des Holzdauchs ein Dach aus Eisenbeton. Dies Dach, dessen Säulen und Träger auch aus Beton gestampft waren, hatte eine Spannweite von circa 25 m im Querschnitt, bei einer sehr geringen Erhöhung im Mittel für Wasserabfluß. Nachdem diese ganze Decke nun schon eine Zeitlang ausgeschalt gehalten hatte, brach sie plötzlich am 20. Dezember zusammen und riß einen Teil des Mauerwerks mit sich. Glücklicherweise gab die darunter liegende Decke dieser katastrophalen Last nicht nach, so daß größerer Schaden abgewendet wurde. Der entstandene Schaden wird jetzt schon auf 20 000 geschätzt. Wenn die Schuld an diesem Unfall trifft, wird die Untersuchung lehren, die schon energig betrieben wird.

Jhrhove. Am 20. Dezember stürzte am Neubau der Zementwarenfabrik ein fast fertiger Giebel ein und begrub einen Kollegen unter den Mauerkrümmern. Er wurde schwer verletzt hervorgerufen. Der Unfall wird auf die Verwendung zu früherer Zementziegel zurückzuführen sein.

Kissingen. Am 12. Dezember brach am Neubau der Firma Joseph Böhrer das Gerüst vom dritten Stockwerk und riß vier Arbeiter mit hinunter. Glücklicherweise blieben die Mauerwerke auf einem sich unten befindenden Balken liegen, so daß dadurch niemand verletzt wurde. Ein größeres Unglück ereignete sich am 21. Dezember am Hallmannschen Neubau. Ein 16 Jahre alter Schlosserlehrling stürzte durch den Fehlboden 8 m tief mit dem Kopf auf einen eisernen Träger und zog sich eine schwere Gehirnerkrankung zu. In bezugsnehmendem Zustande wurde er durch die hiesige freiwillige Sanitätskolonne in das Theresienhospital gebracht, wo er, ohne das Bewußtsein wieder zu erlangen, einige Tage darauf gestorben ist. Bei der angehängten Bautenkontrolle sind diese Unglücksfälle nicht weiter berücksichtigt.

Sträßburg im Elsaß. In der Nacht vom 19. zum 20. Dezember stürzte am Neubau des Bauunternehmers Kaag in der Schwedischerstraße ein Seitenflügel von fünf Stockwerken ein. Da der Einsturz zur Nachtzeit erfolgte, sind Menschen nicht beschädigt worden. Ueber die Ursachen des Einsturzes sind Ermittlungen im

Gange; etwas Bestimmtes kann darüber noch nicht gesagt werden. Wie gerichtlich verhandelt, sollen einestheils die Fundamente und die Bauelemente nicht genügend stark gewesen sein. Der Bauunternehmer Kaag ist ob dieses Einsturzes förmlich aus dem Geschäft. Es geht ihm an den Geldbeutel, und an dieser Stelle ist er sehr empfindlich. Zu seiner Mut glaubt er die Arbeiter für die Ursachen verantwortlich machen zu müssen. Auf diese schimpft er denn auch aus Leibeskräften und läßt es auch an einer Probe seiner christlichen Nächstenliebe nicht fehlen. So hat er wiederholt, und auch dem Vertreter der Organisation gegenüber, den Ausdruck gebraucht: „Ich wollte, daß alle, die daran gearbeitet haben, darunter lägen.“ Herr Kaag wird dadurch seinen Ruf nicht verbessern. Und auch nicht dadurch, daß er alle die Arbeiter, die ihren Lohn für den Zeitverlust, der ihnen noch dem Einsturz entfallen ist, verlangen, entlassen hat. Es scheint, als ob Herr Kaag die Absicht hat, die organisierten Arbeiter herauszufordern. Er mag sich nur in acht nehmen, sonst könnte ihm einmal tüchtig auf die Finger geklopft werden.

*** Bautenkontrolle in Weimar.** Eine am 14. Dezember des vorigen Jahres ausgeführte Bautenkontrolle ergab folgendes Bild: Kontrolliert wurden insgesamt 33 Bauten, 2 davon waren Staatsbauten. Beschäftigt wurden auf diesen 33 Bauten 301 Arbeiter. 9 Bauten waren in Händen von Zimmermeßern, wofür 137 Arbeiter beschäftigt wurden. 18 Bauten waren schon bebaut und im inneren Ausbau. Eine behördliche Verordnung über die Dichtung der Tür- und Fensterrahmen im Winter, sowie über Wandputz und Aborte ist nicht erlassen; auch ein Tarifvertrag, worin diese Erfordernisse sichergestellt sind, ist nicht vorhanden. Auf 11 Bauten waren die Zimmerräume gegen die Witterungseinflüsse geschützt; auf 6 Bauten war offenes Kofstener zur Anwendung; auf 12 Bauten fehlten ganz oder teilweise die Geländer und Sockelbretter an den Laubfrüden, Treppen und Gerüsten; auf 20 Bauten fehlten die Schutzbänder unterhalb der Leitern, die zum Materialtransport dienen. Bei 7 Bauten war keine Bauteile vorhanden; 9 Bauten hatten unübliche Seitenwände und 3 Bauten ein unübliches Dach; 6 Bauten hatten keine Fenster und bei weiteren 6 waren sie nicht zum Öffnen; 3 Bauten hatten keine verschließbare Tür; 9 Bauten hatten Holzfußböden; 3 Bauten waren provisorisch mit Wänden versehen und 4 sogar mit Tischen und Bänken. In 8 Gebäuden lagerte Baumaterial und Gerüstmaterial; 6 Bauten boten für die beschäftigten Arbeiter nicht Raum genug. Auf 11 Bauten waren der Aufschaltstraum der Arbeiter in Keller- und Parterreräumen des Neubaus untergebracht, nur 5 wurden wiederholt gecheckt und gecheckt. Auf 20 Bauten fehlte seitliche Verbindung. Eine Anweisung zur ersten Frühlichtung ist an keinem Bau ausgehängt. Aborte fehlten an 3 Bauten, in 5 konnte man von der Waufler, der Straße und den Fenstern des Nachbargebäudes hineinsehen; 3 Aborte waren ohne Zäunung; 6 mit Zäunung versehen und 5 waren in der nächsten Nähe der Bauteile gelegen. Von der Gesamtzahl der Aborte waren 9 ohne Türen. Pflanzanlagen waren nirgend vorhanden. Besonders erwähnt zu werden verdienen: 1. Ein Neubau des Unternehmers Wandel in der Hauptmannstraße; Schuttbänder fehlten gänzlich, ebenfalls die Kellerabdeckung; Wandputz ist nicht vorhanden; ein in der Nähe liegender Pflanzentank dient als Aufschaltstraum der Arbeiter. Der Abort besteht aus 2 Wänden, 2 Säulen, einer Quertüre. Dach, Tür und Fußboden muß man sich denken. 2. Ein vom Unternehmer Kirchner angeführter Bau in der Vahnerstraße. Die dort beschäftigten Arbeiter, Klempner, Töpfer usw. verrichten ihre Arbeit in einem zu diesem Zweck in Hofe aufgestellten Giebel; um sich vor den Winden der Bewohner der Nachbargebäude zu schützen, hatten sie eine kleine Latentür vor sich. 3. Beim Unternehmer Spangenberg in der Erturterstraße wird der Frühlichtraum durch einen Kofstorer erwärmt. 4. Bei demselben Unternehmer in der Waldendorferstraße dient eine im Waldhaus des benachbarten Neubaus aufgestellte Tonne als Abort. Dieser Abortraum dient gleichzeitig als Waufler.

*** Moderne Baumeister.** Aus Ebn wird uns berichtet. In Ebn-Wellenmünd existiert ein Bauunternehmer Josef Gröbel, der für andere Leute und auf eigene Rechnung und Gefahr Wohnhäuser erbaut. Ueber seine Methode ist auf Anfrage der Bauarbeiterschuttkommission von der Baupolizei das folgende festgestellt worden. In einem Bau für Herrn Paul Schäfer war ein Brandgebiel wie folgt von der Baupolizei genehmigt worden: Fundament mindestens 62 cm breit, Keller geschloß 40 cm und weiterhin 25 cm. Gröbel machte die Sache ein facher. Statt 60 cm ließ er das Fundament nur 30 cm tief machen, und um die Abstützung an dem nicht unterkellerten Nachbargebäude zu sparen, ließ er beim Ausschachten einen Bodenwall stehen und benutzte diesen dann als Fundament für den Neubau. Demzufolge hatte der Giebel schon im Fundament und Keller nur eine Stärke von 24 cm. Die dann im Innern 12 cm abgelegte Mauer des Erdgeschloßes ruhte also gar nicht mehr auf dem Fundament und nur noch 13 cm auf der Kellermauer. Andere Fundamente wurden ebenfalls statt 50 cm nur 24 bis 30 cm tief gemacht. Ferner ließ Gröbel die U-Giebel, die zur Auflage der Balken an den Auswechslungen der Raminne dienen sollten, nur einen Zentimeter auflegen, und er bestieg sie unten am Balken mit einem sogenannten Unterriegel. Auch ließ er in einer Mauer von 40 cm einen Ramin heimlich einmauern. Nicht nur, daß er keine Genehmigung hatte, verließ das auch gegen die Baupolizeiverordnung. Unterhalb des Daches wurde der Ramin, der später geöffnet und benutzt werden sollte, zugemauert. Auf diese Verhältnisse hingewiesen, erwiderte Gröbel: „Und wenn der Baumeister Schwedt drei Willen trägt, steht er das doch nicht.“ (Herr Schwedt vom Hochbauamt hatte die Kontrolle sowie die Abnahme des Baues unter sich.)

Von der Bauarbeiterschuttkommission wurde die Baupolizei ersucht mit einem Vertreter der Kommission eine gemeinschaftliche Untersuchung vorzunehmen, welchem sie auch nachkam. Nachdem die Brandmauer und die Fundamente untersucht waren, gelang Gröbel die anderen Verhältnisse gegen die Bauordnung aus sich selbst heraus ein. Dadurch erlärte sich eine weitere Untersuchung. Gröbel wurde verpöndelt, die Arbeiten vorchriftsmäßig herzustellen zu lassen; der Ramin wurde von unten bis oben mit Beton gefüllt werden, der Brandgebiel muß auf seine

richtige Stärke mit Sand und Zement neu gemauert werden.

Man sagt sich an den Kopf und fragt sich, wie es möglich war, daß derartige skandalöse Zustände vorzukommen konnten, ohne daß die Baupolizei davon erfährt. Es erscheint fast ausgeschlossen, daß der polizeiliche Bauinspektor während der Ausführung der Fundamente und des Kellermauerwerks den Bau besichtigte, sonst hätte er diese Dinge entdecken müssen.

Aus anderen Berufen.

* Mobilmachung der Tabakarbeiter Deutschlands. Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands richtet an diese einen Aufruf, in dem es heißt: „Auf die Schanzen!“

Es ist jetzt leider fraglos, daß das Reichsstaatsamt mit einer Mehrbelastung des Tabaks umgeht, und ebenso unterliegt es, nach dem, was wir von verschiedenen Seiten erfahren, keinem Zweifel, daß diese Mehrbelastung in Gestalt einer Vandalensteuer erfolgen soll.

Die Rollen und Kolleginnen Deutschlands! In dem zweifellos uns bevorstehenden Kampfe haben wir alle, Schulter an Schulter, Mann und Weib fest zusammen zu stehen, um dieses uns drohende Gespenst in die Flucht zu schlagen; denn die Einführung jeder Mehrbelastung, mag sie Namen führen, welchen sie wolle, ob Vandalensteuer oder Monopol, wird doppelt vernichtend wirken, durch die vorhandene Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, der steigenden Kohlenpreise und der rapid gestiegenen Wohnungsmieten.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* Gewerbegerichtswahl in Kiffingen. Erst nach vielem Drängen und Wahren der Gewerkschaften ist hier ein Gewerbegericht gebildet worden. Am 22. Dezember wurden die ersten Wähler gewählt. Hierzu kommen auch die Christlichen, die sich vorher garnicht um die Geweidete kümmern, aus ihren Schloten hervor.

* Abgewiesene Klage aus rücksichtigen Lohn. Zu dem in Nr. 61 des „Grundstein“ mitgeteilten Urteil des Malzer Landgerichts fragen wir aus der Urteilsbegründung das folgende nach: Auf die gelegentliche Beschäftigung des Unternehmers, Arbeiter entgegen der gesetzlichen vorabredeten Kündigungsklausel zu entlassen, gründet sich kein Recht anderer Arbeiter desselben Betriebes, nun ihrerseits die Arbeit ohne Kündigung zu verlassen.

Polizei und Gerichte.

* Streikführer. Unter der Auflage, sich beim letzten Streik gegen § 163 der Gewerbeordnung bezogen zu haben, standen fünf Mitglieder unseres Verbandes und ein Mitglied der christlichen Gewerkschaft vor dem Strafrichter in Hagen a. U. Sie sollen beim Streikpostenstehen durch Drohung beschuldigt haben, Arbeitswillige zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen.

18. Dezember zur Verhandlung. Zur Beweiskführung war ein großer Zeugenapparat aufgebaut. Die Vernehmung der Zeugen ergab, daß vier der Angeklagten mit Arbeitswilligen in einen Wortwechsel geraten waren, der aber absolut keinen bedrohlichen Charakter angenommen hatte.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 13 des 26. Jahrganges. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Eine Geschichtsstunde. — Die russische Revolution und die Ernährungskrisis. Von P. Mahlow. — Zur Gleichschickung der landlosen Textilarbeiter. Von Hermann Jäckel. (Schluß.) — Der Kapitalismus, beleuchtet von einer ungeheuren Schriftstellerin. Von F. von Goeß. — Wandlungen in der Rechtsprechung zur Arbeiterversicherung. Von Friedrich Steis (Wurzen). — Moderne Vorkunst. Von Hermann Weibel. — Statistische Erhebungen über die Partisanenorganisation Groß-Preußens 1906. Von G. Wurm. — Literarische Mitteilungen: Dr. Gerhard Kehler, Die deutschen Arbeitgeberverbände. Von ad. Dr. Robert Saubel, Dämon Berlin. Von Robert Gröschel, Karl Saubel, Ingenieur, Die Nacharbeit der Jugendlichen in der österreichischen Industrie. Von Julius Deutsch, De Tribuna, Sozialdemokratisches Wochenblatt. Von ap.

* Praktischer Ratgeber bei Steuerereinsparung und Steuererklärung. 19. 6. 08. (S. 29) sowie Ausführungsbestimmungen und Formulare. Von einem Steuersekretär. Verlag: J. Schwarz & Comp., Berlin S 14, Dresdenerstr. 80. 128 Seiten. Preis 60 A.

Briefkasten.

Die Zweigvereinsvorsände machen wir auf den der heutigen „Grundstein“ erscheinenden Belegbogen des „Sozialistischen Monatshefte“ aufmerksam.

* Hannover. Die Anzeigen für die Sterbetafel wurden uns so spät übergeben, daß die eine Anzeige als verpaßt eingegangen gelassen werden mußte.

* Landau, S. K. So weit wir unterrichtet sind, besteht eine solche Verpflichtung nicht; die Kollekture wird nur gehalten, die amtlichen Zeichnungen durch Anhang zu veröffentlichen.

* Göttingen, L. Sie müssen bei dem dortigen Amtsgericht eine Auforderung an Ihre Frau zur Wiederherstellung des ehelichen Lebens erwirken. Die andere Frage können wir von hier aus nicht beantworten. Sie wenden sich am besten an einen Rechtsanwalt.

* Wannee, W. Für die fremdbildige Aufmunterung unserer verbündeten Lauf. Wir werden alles daran setzen, um uns in der Pöhlkunst so auszubilden, daß wir mindestens auf 48 bei Eid ablegen können.

* M. W. K. Namen und Wohnorte der Postabonnenten unseres Blattes kennen wir nicht. Direkt bezieht der Mann die Zeitung nicht von uns.

* Neustadt, F. S. Ihr Recht auf Ihr Eigentum ist nicht veräußert. Der Nachbar muß auf Ihre Verlangen den Schuppen abreißen, oder wenn Sie sich darauf einlassen wollen, Ihnen eine angemessene Entschädigung zahlen. Für den Fall, daß sich der Nachbar weigert, müssen Sie beim örtlichen Gericht klagen. Selbsthilfe ist unzulässig. Man kann sich allerdings ein Grundstück „erkufen“, d. h. man kann als Eigentümer im Grundbuch eingetragen sein, ohne es zu besitzen, weil keine Eintragung zustande gekommen ist. In diesem Falle erwirbt der unredliche Verkäufer das Grundstück durch Erziehung, wenn er das Grundstück 30 Jahre im Eigentum gehabt und wenn die Eintragung ebenso lange bestanden hat, ohne angefochten zu sein. Ein solcher Fall scheint aber bei Ihnen nicht vorzuliegen. Das Gebäude des Nachbarn darf ohne Ihre Einwilligung mit keinem Teile, also auch nicht mit den 7 cm vortragenden Ankersplitter auf Ihr Gebiet übertreten.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zehntstellen- oder Sektionsvorsände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Zweigverein Düren. Sonntag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr: Wintervergnügen im Saale des Herrn Hubert Lapprell, Oberstraße, bestehend in Konzert, Theater, Gesang und Ball. Alle Kollegen von Düren und Umgegend, werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2, 20] Das Sekretariat.

Lychen. Sonntag, den 11. Januar 1908: Wintervergnügen bestehend in Theater und Ball. Wir laden die Kollegen der Umgegend hierzu freundlichst ein. [M. 2, 70] Der Vorstand.

Sterbetafel. (Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhals einer Woche nach erfolgtem Todeben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 A.) Berlin. Am 21. Dezember starb unser langjähriges Mitglied Johann Gerken im Alter von 43 Jahren an einem Hirninfarkt. — Am 22. Dezember starb nach langem Leiden unser Mitglied Albert Henke im Alter von 45 Jahren an Herzschwäche. — Am 27. Dezember starb unser altes Mitglied Fritz Schröder im Alter von 53 Jahren an Magenkrebs. — Am 27. Dezember starb unser Kollege Karl Schmidt im Alter von 81 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 28. Dezember starb nach kurzem Krankenlager unser Verbandskollege Karl Tille im Alter von 66 Jahren an Schlaganfall. — Am 24. Dezember starb nach kurzer Krankheit der Kollege Joachim Kugel aus Brunsbüttel im Alter von 69 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 27. Dezember starb unser Kollege Ernst Ohnesorge im Alter von 65 Jahren an Magenkrebs. — Am 23. Dezember starb unser Kollege Ernst Bohnsack im Alter von 29 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 21. Dezember starb unser Kollege Mathias Rössler im Alter von 80 Jahren an Wasserhuf und Magenleiden. — Am 24. Dezember starb unser treuer Verbandskollege August Jehnke im Alter von 51 Jahren an Luftröhrentuberkulose. — Am 15. Dezember starb nach kurzem Leiden unser Verbandskollege Franz Fabbusch im Alter von 62 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 24. Dezember starb unser Kollege Christian Umber im Alter von 57 Jahren. — Am 14. Dezember starb unser Kollege Karl Zimmermann in der Klinik zu Halle im Alter von 51 Jahren an Magenleiden. Ehrenbreiten-Akten!

München. Das Verbandsbüreau befindet sich vom 1. Januar an Palmstraße 12, bei Herberge; Besuchszeit 401, 1. St., Abg. Die Anzeigebildung der Krankenunterstützung erfolgt vom Monat März bis inkl. November jeden Mittwoch von 3 bis 5 Uhr Nachmittags im Verbandsbüreau. [M. 2, 70] Der Vorstand.

Pyritz. Sonntag, den 11. Januar 1908, Abends 7 Uhr: Behntes Stiftungsfest im Schützenhause, bestehend in Theater, Feste und Tanz. Sämtliche Kollegen von Pyritz und Umgegend sind hierzu eingeladen. [M. 2, 70] Der Vorstand.

Veranstaltungs-Anzeiger. Verbandsversammlungen der Maurer. Sonntag, den 5. Januar. Bad Oeynhausen. Nachm. 3 Uhr. L. D.: Vorstandswahl. Brandenburg. Nachm. 3 Uhr in der Centralherberge. Wahl des Zweigvereinsvorsitzenden. Driesen. Nachm. 2 Uhr im Hofe des Herrn Buchholz, Wittgenhagen. L. D.: Vorstandswahl. Elmshorn. Nachm. 4 Uhr bei G. Reier. L. D.: 1. Vorstandswahl. 2. Verbandsversammlung. Granssee. Nachm. 3 Uhr im Festlichen Hofe. Mitglieder der Umgegend sind willkommen. Dringend für die Mitglieder der umliegenden Dörfern. Regelung des Gebetsabends und Anstimmung des Schützenfestes. Kolzig i. Schl. Nachm. 2 Uhr in Ortsmühle bei Herrn Büttner. Referat: R. H. Schell. Schmalz. Nachm. 2 Uhr bei Schumann, Schützenstraße. Neuwahl des Vorstandes. Oranienburg. Nachm. 3 Uhr im Verbandshof. L. D.: Vorstandswahl. Woldenberg. Nachm. 3 Uhr im Verbandshof. L. D.: Vorstandswahl. Zerbst. Nachm. 3 Uhr im Speichhof Hofe. Donnerstag, den 9. Januar. Berlin. (Freiwilliger und Hilfsarbeiter) Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung in den „Mittlerstr.“ Kaiser-Wilhelmstr. Sonntag, den 12. Januar. Schmalz. Nachm. 3 Uhr im Gasthof am Thüninger Hof. L. D.: Vorstandswahl, Delegiertenwahl, Abrechnung, Mitgliederwahl sind mitzubringen. Schmölln. Nachm. 3 Uhr Generalversammlung im „Einheitshof“. Werder a. d. H. Nachm. 2 Uhr bei Rod. L. D.: Wahl eines Vorstehers und Stellvertreters. Soll die Hausordnung bleiben oder nicht? Sonntag, den 19. Januar. Langenwelzendorf. Nachm. 3 Uhr beim Kollegen Knoll. Zentral-Krankenkasse der Maurer usw. Sonntag, den 5. Januar. Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr bei Hubert Dobber. L. D.: Vorstandswahl. Driesen. Nachm. 3 Uhr im Speichhof Hofe, Wittgenhagen. Tagesordnung: Vorstandswahl. Kranken- und Sterbekasse. Sonntag, den 12. Januar. Markgrafplese. Nachm. 1 Uhr Generalversammlung bei Herrn Wilhelm Schmidt. L. D.: Jahresabschlussrechnung, Entlastung des Vorstandes, Bericht des Ausschusses, Wahl des Vorstandes und des Ausschusses, Festlegung der Wohnung der Vorstandmitglieder. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Mier & Co. in Hamburg.